

Nr.12

60 pf

# VORAN!

## zur sozialistischen demokratie

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSOS UND GEWERKSCHAFT

\* ALLTAG \*

PORTUGAL

\* BILDUNG \*

# BEENDET DIE KRISE!

## Für eine demokratische sozialistische Planwirtschaft

KEIN ABBAU VON SOZIALLEISTUNGEN!

EINEN GARANTIERTE ARBEITSPLATZ FÜR ALLE!

**MASSEARBEITSLOSIGKEIT** - mehr als 17 Millionen Arbeitslose in den westlichen Industriestaaten, RÜCKGANG VON PRODUKTION UND INVESTITIONEN, VERMEHRTE UNTERNEHMENSZUSAMMENBRÜCHE und zusätzlich eine ungebrochene INFLATIONSENTWICKLUNG, die in den einzelnen Ländern zur Zeit zwischen 6% (Bundesrepublik) und 26% (England) liegt - dieses Bild bieten die kapitalistischen Länder in der Mitte der 70er Jahre.

Das IFO-Institut für Wirtschaftsforschung kam zu der Feststellung, die gegenwärtige Rezession sei den Konjunkturkrisen der "guten alten Zeit" ähnlich. Zeigt sich etwa die vielbeschworene "Dynamik" und "Überlegenheit" des kapitalistischen Systems darin, daß es die Menschen zurückführt in Not und Existenzangst wie in vergangenen Geschichtsepochen? "Gute alte Zeiten" waren das nur für eine kleine Minderheit, bestimmt nicht für die Millionen von Arbeitern, kleinen Angestellten, Rentnern und ihre Familien!

Die Wirtschaft der Bundesrepublik bietet das gleiche Bild: gefallene Profite, gedrosselte Investitionen, die 1975 nur die Hälfte von dem Stand 1970 erreichten, weit über eine Million Arbeitslose, mehr als 700 000 Kurzarbeiter, anhaltende Inflation, Rückgang des realen Bruttosozialprodukts 1975 um 4-5%, von Reformen ist keine Rede mehr.

Kennzeichnend für die BRD ist ihre hochgradige Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung.

Der Exportanteil des Sozialprodukts beträgt über 20 Prozent (USA dagegen nur 5%). Die hohe Konkurrenzfähigkeit schlägt sich seit vielen Jahren in riesigen Überschüssen der Exporte über die Importe nieder - 1974 in der Größenordnung von 50 Milliarden DM. Dies bedeutet konkret mehr Aufträge, Beschäftigung, Produktion und Profite im Vergleich zu den konkurrierenden kapitalistischen Staaten - denn die Überschüsse der BRD sind deren Defizite - und dämpft die Auswirkungen der internationalen Krise für die deutsche Industrie.

### Exportabhängigkeit

Andererseits jedoch stellt die extreme Exportlastigkeit in der gegenwärtigen schweren Rezession des Weltkapitalismus (Rückgang des Welthandels 1975 um 7%) ein hohes Risiko für Produktion und Arbeitsplätze dar - immerhin ist jeder 6. Arbeitsplatz der bundesdeutschen Wirtschaft exportabhängig; einzelne Industriezweige verkaufen einen hohen Anteil ihrer Gesamtproduktion ins Ausland (Maschinenbau 44%, Chemie 36%, Eisen und Stahl 35%) - ein Zusammenbruch des Welthandels hätte für die deutsche Industrie katastrophale Folgen. Gleichzeitig wird damit klar, daß ein Konjunkturaufschwung in der BRD eine Erholung der Weltkonjunktur insgesamt und speziell in den wichtigsten Industriestaaten wie den USA und Japan voraussetzt. Ohne eine

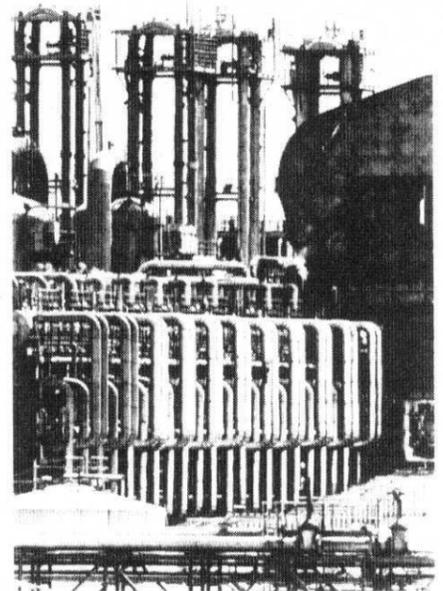
"Normalisierung" der Auslandsnachfrage, die in der vergangenen Periode scharf zurückging, wird es keine allgemeine und kräftige Konjunkturerholung geben.

So starren denn nun die Bonner Wirtschaftspolitiker, bürgerlichen Wissenschaftler und Journalisten in ihrer Hilflosigkeit vor allem auf die Entwicklung in den USA, die als mächtigster Industriestaat die entscheidenden Impulse für einen weltwirtschaftlichen Aufschwung geben sollen. Die sich dort abzeichnenden (noch schwächlichen und unzuverlässigen) Anzeichen für eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung - genährt durch gewaltige Finanzspritzen der Regierung an die Wirtschaft - werden wie ein Strohhalm von den einst so selbstsicheren Vertretern von Marktwirtschaft und Globalsteuerung umklammert.

Die Bedrohlichkeit der Lage veranlaßt die Regierungschefs der 6 wichtigsten kapitalistischen Staaten zu einem wirtschaftspolitischen Gipfeltreffen in Paris. Das blumige, aber nichtssagende Abschlußkommunique verriet die Unsicherheit der "großen 6": Im Grunde war man sich nur darüber einig, daß die schwerwiegenden Probleme der Weltwirtschaft überwunden werden müßten. Die Frage nach dem "Wie" blieb offen.

### Investitionen

Bei der ERKLÄRUNG der Krise werden in der Regel deren verschiedene Ausdrucksformen sowie Nebenfaktoren an die Stelle einer grundlegenden Analyse der eigentlichen Ursachen gesetzt. So führte Bundeskanzler Schmidt die Weltrezession zurück auf die Inflation, den Währungswirrwarr, mangelnde internationale Kooperation und die Ölpreis-Explosion (Süddeutsche Zeitung 14. und 17.11.75).



Am Rande des Mannheimer Parteitag mußte er sich den Widerspruch des ebenfalls sozialdemokratischen schwedischen Handelsministers Olof Feldt gefallen lassen: Die Wurzeln lägen tiefer, als Schmidt dies darstellte; die Krise sei vornehmlich eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung, und es bedürfe daher einer "antikapitalistischen" Wirtschaftsstrategie (SZ, 14.11.75). Dem ist nicht viel hinzuzufügen - außer der Hoffnung, daß die schwedischen Genossen solche radikal klingenden Sprüche endlich in Taten umsetzen.

Unterdessen hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung eine eindeutige Umverteilung des Volksvermögens zugunsten der Unternehmergewinne zum Ziel.

"Nun hängen aber neue Arbeitsplätze und zukünftige Vollbeschäftigung davon ab, daß in unserem Land künftig erheblich mehr investiert wird als in den letzten Jahren... Nun setzen gewerbliche Investitionen Erträge der Unternehmen voraus..." (Helmut Schmidt auf dem SPD-Parteitag)

Fortsetzung auf S. 3

# SPANIEN: FÜR ARBEITERDEMOKRATIE

DER TOD FRANCO WAR FÜR VIELE SPANISCHE ARBEITER EIN GRUND ZUM FEIERN. IN ZAHLREICHEN FABRIKEN VOR ALLEM IM BASKENLAND BEGOSSEN SIE MIT CHAMPAGNER DAS ABLEBEN DES TOTALITÄREN DIKTATORS. FRANCO FASCHISTISCHES SYSTEM BERABTE DIE SPANISCHE ARBEITERKLASSE VIER JAHRZEHNTE LANG IHRER ELEMENTAREN RECHTE UND FREIHEITEN UND LIEFERTE SIE - OHNE GEWERKSCHAFTEN ODER ARBEITERPARTEIEN - DER GNADE ODER UNGNADE DES GROSSKAPITALS UND DER INTERNATIONALEN KONZERNE AUS!

ABER ES GEHT UM MEHR ALS DEN TOD EINES 82JÄHRIGEN GREISEN!

Franco ist lediglich seinem unabwendbaren Sturz zuvorgekommen. In seinen letzten Lebensmonaten hatte der General noch einmal versucht, alles auf die Beine zu bringen, was in Spanien überhaupt noch hinter ihm steht. 175 000 konnten noch am ersten Oktober mobilisiert werden; die meisten davon Bürgerkriegsveteranen, Angehörige der Polizei und der Guardia Civil in ziviler Kleidung sowie Bauern vom Lande, denen man dafür 50 Mark und freie Fahrt und Verpflegung angeboten hatte.



Zum Begräbnis erschienen dann nur noch 20 000 Personen, das bei einer Einwohnerzahl Madrids von über 3 Millionen.

## Parteitag Mannheim

dem Willy Brandt sich nachdrücklich für ihn eingesetzt hatte.



In allen kontroversen Fragen folgten die Delegierten dem Rat des Parteivorstands. Eine exakt vorbereitete Regie verhinderte allzu große Debatten und sorgte für "Eintracht der Partei". Dabei stellt sich jedem Sozialdemokraten jedoch die brennende Frage:

Hat der Parteitag eine Antwort auf die wirtschaftlich Krise gefunden? Können die Millionen Anhänger der SPD jetzt sicher sein, daß nun endlich in der "Verantwortung für Deutschland, Freiheit, Sicherheit, Soziale Demokratie" durchgesetzt werden? Wurde der in zahlreichen Anträgen zum Ausdruck gebrachte Wille der Parteibasis aufgegriffen und in ein politisches Programm eingearbeitet? Wurde die überlegene Ordnung des demokratischen Sozialismus, wie das Godesberger Programm sagt, dargelegt und zu einem Aktionsprogramm gemacht?

Kritik an den Sparmaßnahmen und den wirtschaftspolitischen Taten der Bundesregierung kam zwar aus den Reihen der Delegierten auf, aber nur am Rande. Insgesamt wurde der Eindruck verbreitet, "Wir können stolz sein auf unser Land". Nach-

Fortsetzung auf S. 8

"Die SPD erfüllt die Aufgaben des Tages und steht geschlossen hinter dem Bundeskanzler und der von ihm geführten Regierung." Mit diesem Satz faßte Willy Brandt ein Hauptergebnis des Mannheimer Parteitages zusammen. In der Tat war Mannheim ein Parteitag, bei dem die Delegierten weiterhin grünes Licht für die Politik der Bundesregierung gaben.

Helmut Schmidt wurde - und dies hatte wohl kaum jemand vorher erwartet - mit 407 von 429 insgesamt abgegebenen Stimmen zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt, Georg Leber, dessen Wiederwahl in den Parteivorstand zuvor angezweifelt worden war, erhielt schließlich doch ein dickes Polster an Stimmen, um gleich im ersten Wahlgang gewählt zu werden, nach-

**DIE ÖFFENTLICHEN UNTERSUCHUNGEN IN DEN USA ÜBER DEN GEHEIMDIENST CIA** haben wieder einmal die kolossale Verschwendung und Verdrehung der Wissenschaft bewiesen, die unter dem Kapitalismus existiert.

"Der CIA hat ca. DM 205 000 000 aufgewendet, um die Entwicklung und Aufrechterhaltung eines Vorrates an Gift zu finanzieren." (Daily Telegraph 17/9/75) Der CIA hat sich im Geheimen einen Vorrat von 11 Gramm von Schellfisch-Gift, das viele Tausend Menschen töten kann und 8 Gramm Kobra-Gift gehalten. In dem öffentlichen Hearing zeigte Mr Colby ein elektrisches Wurfpeilgewehr vor... dieses kann ohne Geräusch giftige Wurfpeile abschießen, die das Opfer treffen, ohne daß es dies bemerkt, und beinahe augenblicklich den Tod bringen, dessen Ursache nicht einmal durch eine Autopsie aufgeklärt werden könnte.

Einer der Senatoren kommentierte: "Als ein Machtinstrument ist das ungefähr so wirkungsvoll, wie man es sich überhaupt vorstellen kann." Und diese teuflische Vorrichtung wurde unter Mißachtung einer Präsidenten-Anweisung Nixons aufbewahrt, der ja selbst nicht gerade zimperlich war, wenn es um 'geheime Operationen' ging.

Das bekräftigte auch den Punkt, den die Watergate-Affäre offengelegt hat - der zeitweilige Verlust der Kontrolle der Kapitalistenklasse über ihre eigene Staatsmaschine.

Die Watergate und CIA-Hearings sind ein Versuch, diese Kontrolle wiederherzustellen und in der Öffentlichkeit demokratische Kontrolle und Rechenschaft vorzutauschen, die alles schön wieder in Ordnung bringt.

Aber es hat ebenfalls einen Einblick in die Verrottetheit, die schreckliche Verschwendung des Kapitalismus in teuflische Zerstörungswaffen gegeben. Es wird deshalb mit dazu beitragen, die amerikanischen Arbeiter zu überzeugen, daß nur eine unabhängige Partei der Klasse ihre Interessen vertreten kann, daß nur eine sozialistische, unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung geplante Wirtschaft die Technologie und die Wissenschaft für wirklichen menschlichen Fortschritt nutzbar machen kann.



## Zweifelhafte Charaktere

**DIE KORRUPTION NIMMT ÜBERHAND IN AZERBAIJAN IN DER SOWJETUNION.**

Wie die internationale kommunistische Presse berichtete, wurde der 1. Sekretär eines Distriktkomitees der Partei von seinem Posten entfernt und streng zu recht gewiesen, weil er die 'kollektive Führung' nicht beachtet und Leute befördert habe, von denen einige unfähig waren und zweifelhafte Charaktere hatten. Das Zentralkomitee der

KP von Azerbaijan hat es sogar für nötig befunden, "die vollständige Ausmerzung der Praxis" zu fordern, "daß Arbeiter, die bewiesen hatten, daß sie Taugenichts waren, oder die sich 'kompromittiert' hatten, nur von einem Führungsposten auf einen anderen versetzt werden."

Wir müssen fragen: wie ist es möglich, daß solche 'zweifelhafte Charaktere' ihren Weg in privilegierte Positionen finden und 'sich kompromittieren' können, daß ihnen 'Führungsposten' gegeben werden, in einer Gesellschaft, die "sozialistisch" ist, wie uns die DKP tagtäglich erklärt? Woher kommt es, daß ein einziger Erster Sekretär von sich aus 'Leute befördern' kann?

In einer echten sozialistischen Gesellschaft würde ein solcher Mißbrauch von Autorität unmöglich sein wegen der fortlaufenden demokratischen Kontrolle und Nachprüfung aller Beamten und Funktionäre durch die Arbeiter. Es würde auch unnötig sein, da alle Beamten (gewählt und nicht 'ernannt' mit Recht auf Widerruf) nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten würden. Strafvorsatzungen (von einem 'Führungsposten' auf einen anderen) bräuchte es nicht mehr zu geben, da 'Versetzungen' laufend auf der Tagesordnung wären: mit einem System wechselnder Besetzung der Posten müßte alle Verwaltungsarbeit allmählich von allen übernommen werden. Mit ausreichendem Reichtum, der jedermanns Bedürfnisse befriedigen könnte, hätte es nicht der 'zweifelhafte Charakter' nötig, ein Bürokrat zu werden und seine Position für Manipulationen und Tricks auszunützen.

# SPANIEN

Aller staatlichen Unterdrückung, allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz hat die Massenbewegung der Arbeiterklasse in den letzten Jahren gewaltige Ausmaße erreicht. Vom 26. August bis 3. September dieses Jahres streikten 200 000 aus Protest gegen die Todesurteile der Franco-Justiz über die ETA-Terroristen.

Gleichzeitig sitzt der herrschenden Klasse Spaniens wie der gesamten westlichen Welt die Furcht vor der allmählich anrollenden spanischen Revolution tief in den Knochen. Und eines haben die Planer und Strategen des Großkapitals begriffen: **DIE SPANISCHE REVOLUTION WIRD NUR EIN ANFANG FÜR GROSSE UMWÄLZUNGEN IN GANZ EUROPA SEIN.**

"In Kreisen um den amerikanischen Außenminister Henry Kissinger wachsen Sorgen, daß die verbündeten Staaten in Europa in einen Linksrutsch geraten könnten... Von Portugal über Spanien, Italien, Frankreich bis zur Bundesrepublik sieht man im State Department eine Kausalkette... Amerika betrachtet die Entwicklung eher fatalistisch. Es kann sie kaum beeinflussen..." (Süddeutsche Zeitung 22.11.75)

Franco hat zu seinen Lebzeiten sich einen Nachfolger herangezogen, von dem er die Fortführung seines Erbes erwartete, Prinz Juan Carlos. Aber der populäre Beinamen "der Kurzlebige" deutet darauf hin, daß ihm dasselbe Schicksal blühen wird wie seinem Großvater, König Alfonso. Seine ersten Amtshandlungen zeigen nur, daß Juan Carlos zögert und versucht, bei den Neubesetzungen der Regierungsämter zwischen den verschiedenen, unter sich über den zukünftigen Kurs zerstrittenen Flügeln der herrschenden Staatsclique auszuweichen.

## KÄMPFENDE ARBEITER

Zahlenmäßig ist die Arbeiterklasse so stark wie nie zuvor in der Geschichte: sie umfaßt heute 55 % der Bevölkerung. Zur Zeit des Bürgerkriegs waren es nur 25 %. Die Geschichte kennt drei objektive Bedingungen, die das Herannahen einer sozialen Revolution anzeigen. Alle diesen Bedingungen sind gegenwärtig auf der iberischen Halbinsel so intensiv ausgeprägt wie nie zuvor.

Die Arbeiterklasse ist bereit zu kämpfen, und wenn nötig zu sterben für ihre Rechte. 1971 war die Streikrate die zweithöchste Europas - trotz Illegalität jeglicher freier Arbeiterorganisation.

1972 gab es insgesamt 650 Streiks, die oft als lokale Generalstreiks ganze Städte lahmlegten. Barrikaden wurden in Vigo und El Ferrol - Francos Geburtsstadt - gebaut. 1974 fanden 2196 Streiks - im Schnitt 6 pro Tag - statt und das in einem totalitären Polizeistaat. Ende 1974 gewann die Streikwelle eine neue Dimension: am Generalstreik im Baskenland beteiligten sich 300 000 Arbeiter. Seither fanden zwei weitere Generalstreiks statt, an denen sich ca. 150 000 beteiligten. Das war die größte Bewegung der Arbeiterklasse Spaniens seit 1937. Zwischen September 1974 und März 1975 war jedes einzelne Gebiet Spaniens einmal von der Bewegung betroffen: jedes industrielle Zentrum war Schauplatz von Massenaktionen von zig Tausend Arbeitern.

Das Regime hat seine Unterstützung in der Mittelschicht, die in den 30er Jahren Träger des Faschismus war, weitgehend verloren. Die ländliche und städtische Mittelschicht steht im Moment in ihrer überwiegenden Mehrheit auf der Seite des Proletariats. Sie erhoffen sich die Lösung ihrer Probleme von der Arbeiterklasse.

## BOURGEOISIE GESPALTEN

Angesichts dieser Situation ist es kein Wunder, daß die herrschende Klasse selbst gespalten ist. Schon Marx hat erkannt: "Die Revolution beginnt an der Spitze". Das ist nicht so paradox, wie es scheint. Die Herrschenden haben Soziologen, Ökonomen, Berater, Professoren und politische Strategen, die für sie denken müssen. Ihre Aufgabe ist es auch, in die Zukunft zu schauen. Sie sind die ersten, die die Stürme am Horizont heraufziehen sehen. Sie spüren den Boden unter den Füßen schwanken. Durch die Kampf-bereitschaft der Arbeiter in die Enge getrieben suchen die Kapitalisten in ihrer Verzweiflung einen Ausweg.

Sie haben zwei Möglichkeiten: Reform von oben, um die Revolution von unten zu verhindern oder Repression. Sie können sich aber nicht einigen, welches der beiden Mittel in einer gegebenen Situation angewandt werden soll.



Felipe González, Generalsekretär der Sozialisten (PSOE).

Es haben sich zwei deutliche Flügel der herrschenden Klasse herauskristallisiert. Die 'Liberalen' um Opus Dei, Fraga, der ehemalige Informationsminister usw. verstehen, daß, wenn sie nicht jetzt Druck ablassen, so könnte der Kessel der spanischen Gesellschaft explodieren. Der andere Flügel - die Camarilla der Generäle - meinen, daß jeder Versuch von oben zu reformieren, die Gefahr einer Massenbewegung von unten in sich birgt, wo die Millionen durch jegliche Spalte hindurchströmen würden - etwa nach dem Muster Portugals oder Griechenlands. Beide Flügel haben auf ihre Weise Recht. Ihre Angst vor einer Entscheidung kann zu ihrem Verhängnis werden. Die gegenwärtige Mischung von Reform und Repression kann die Nachteile beider Taktiken mit sich bringen, wo die Massen durch 'Liberalisierung' von oben ermuntert werden, mehr zu verlangen, wo aber die eiserne Faust der Repression versucht, diese Bewegung gewaltsam in Schach zu halten.

Selbst Franco soll kurz vor seinem Tode gesagt haben, daß "Spanien gegenwärtig einer Situation gegenübersteht, die sogar noch gefährlicher als 1936 ist." So ist auch die Hinrichtung von fünf Antifaschisten im September 1975 kein Zeichen von Stärke des Regimes sondern nur ein Ausdruck seiner Verzweiflung. Es hat im letzten Jahrzehnt immer zwischen Liberalisierung und Repression geschwankt. Während die beiden Flügel der herrschenden Klasse sich öffentlich bekämpften oder hinter den Kulissen intrigierten, konnte Franco während er noch lebte erfolgreich - im Stile von einem bonapartistischen Diktator - zwischen ihnen balancieren. Aber einen Bonapartismus ohne einen Bonapart kann es nicht geben. Der Kampf der beiden Flügel wird in den nächsten Wochen und Monaten öffentlich in Erscheinung treten.

Als ihr klar wurde, daß Franco tödlich erkrankt war, löste die Camarilla um Franco eine Repressionswelle gegen die Arbeiterparteien und die linken Gruppen aus, um sie einzuschüchtern. Diese Repression setzt sie - nunmehr unter der Aufsicht von Juan Carlos - unvermindert fort, damit die ersten zögernden Halbreformen von oben 'in Ruhe und Ordnung' durchgeführt werden können. Gleichzeitig ist ein merkwürdiger Prozeß in der spanischen Gesellschaft zu beobachten. Lebenslängliche Faschisten erklären sich plötzlich als 'Demokraten', 'Sozialdemokraten' oder 'Sozialisten' - wie etwa Gil Robles, seinerzeit Anführer der schwarzen kirchlichen Reaktion der 30er Jahre. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff des Franco-Staates, um sich einen Posten beim 'neuen', 'aufgeklärten' Staat unter Juan Carlos zu sichern. Sogar der Neffe Francos, Nicolas Franco, sprach kürzlich 'gegen Faschismus und für friedliche, gleichberechtigte und demokratische Koexistenz der Spanier, ohne Privilegien für irgendeine Klasse.' Vielleicht noch bezeichnender für die Perspektiven dieser Schicht war die Aussage des früheren faschistischen Minister für Bildung, Jimenez: er kritisierte die Regierung "weil sie gegenwärtig Marxisten ausschließt, die in Zukunft unbedingt an der Regierung teilnehmen müssen." Wenn man bedenkt, daß Sinn und Zweck des Bürgerkriegs aus Sicht der Faschisten darin bestand, den Marxismus und den Atheismus auszurotten, so wirken die Worte Jimenez' wie ein schlechter Witz!

## BÜRGERKRIEG?

In der bürgerlichen Presse taucht in den letzten Wochen immer wieder das Schreckgespenst 'Bürgerkrieg' auf. Die internationale Bourgeoisie hat eine tödliche Angst vor einer Neuaufgabe der spanischen Revolution der dreißiger Jahre. In der gegenwärtigen internationalen Situation würde ein Aufstand der spanischen Arbeiter wie ein Zünder für die internationale Revolution wirken - zum ersten Male seit Ende des ersten Weltkrieges. Für Sozialisten kann aber die Perspektive eines Bürgerkriegs für mehrere Jahre ausgeschlossen werden. Gerade deshalb, weil die Bourgeoisie kaum Unterstützung in der Mittelschicht genießt, muß sie angesichts einer Mobilisierung der Arbeiterklasse einen Rückzieher machen, um Zeit zu gewinnen, die Reaktion wie in Chile zu mobilisieren.

Darüber hinaus reicht der Riß in der herrschenden Klasse bis tief in die Unterdrückungsmaschine hinein

Vor einigen Monaten unterschrieben 500 (laut einigen Berichten waren es 2 000) höhere Staatsbeamte eine Petition, in der um mehr Freiheit gebeten wurde. In der Armee existiert analog zu der portugiesischen MFA eine "demokratische Militärunion" - UMD - die schon 500 Kernmitglieder zählen kann und gegenwärtig eine verstärkte Werbekampagne bei den mittleren und unteren Offizieren startet. 2 000 unterschrieben im Herbst eine Petition für die Freilassung zweier Kollegen, die sich weigerten, als Spitzel in der illegalen Arbeiterbewegung zu dienen. Obwohl wir als Marxisten wissen, daß auf solche Schichten der Gesellschaft und des Staatsapparats kein Verlaß ist und daß die Arbeiterklasse nur ihren eigenen Klassenorganisationen trauen können, sind solche Vorfälle von großer Wichtigkeit als Symptome der Instabilität der bürgerlichen Gesellschaft. Angesichts dieser Unzuverlässigkeit bei Teilen des Staatsapparats wirken die Versuche mancher 'Sozialisten' oder 'Kommunisten' die Arbeiter von Klassenaktionen mit Schreckensgeschichten über die 'Stärke der herrschenden Klasse' oder 'der Reaktion' wie reaktionäre Märchen.

Die einzigen Teile des Staatsapparats auf die die Kapitalistenklasse sich 100 %ig verlassen kann, ist die Geheimpolizei, weil sie so blutbesudelt ist, daß sie weiß wie die Arbeiter im Falle einer vollständigen Liberalisierung mit ihnen abrechnen würden. Das portugiesische Beispiel, wo die Arbeiter die verhasste PIDE von den Straßen jagte, verprügelten oder aufhängten, ist ihnen noch frisch vor Augen.

## DEMOKRATISIERUNG?

Die Möglichkeit einer lang anhaltenden stabilen parlamentarischen Demokratie ist aufgrund der Schwäche des spanischen Kapitalismus gegenüber seinen Konkurrenten völlig ausgeschlossen. Für die Unternehmer ist bürgerliche Demokratie auf zu Aufschwungszeiten eine lästige Notwendigkeit, die viel Geld kostet.

Wo freie Gewerkschaften sind, finden auch Streiks zur Verteidigung des Lebensstandards statt. Wo freie Arbeiterparteien fungieren können, besteht immer die Möglichkeit, daß sie die Mehrheit im Parlament gewinnen könnten. In Krisenzeiten geraten die Arbeiterparteien - meist gegen den Wunsch der Führungen - unter den Druck der organisierten Arbeiter und werden gezwungen Zugeständnisse vor der Bourgeoisie zu erkämpfen. Je heftiger die wirtschaftliche Krise desto aggressiver das Verhalten der Kapitalistenklasse gegen die Rechte der Arbeiter.

Der spanische Kapitalismus kann gegen seine Konkurrenten auf keinem Gebiet erfolgreich konkurrieren. Schon jetzt beträgt die Arbeitslosigkeit 600 000, die Inflation über 20 %. Spanische Gastarbeiter werden aus der BRD, aus Frankreich ausgewiesen wegen der Krise in jenen Ländern und suchen einen Arbeitsplatz zu Hause. 1974 hatte die spanische Wirtschaft ein Zahlungsbilanz-Defizit von \$ 3 Mrd. Eine liberale bürgerliche Republik - oder Monarchie - würde das spanische Proletariat noch mehr dazu anspornen und es auch noch mehr in die Lage versetzen, verstärkt für soziale Forderungen zu kämpfen. Es hat es satt, 58 Stunden in der Woche zu arbeiten -

wie z.B. in der Bauindustrie - ohne Überstundenzahlung und unter barbarischen Arbeitsbedingungen, die jede Woche aus seinen Reihen 50 Arbeiter tötet und 130 zu Krüppeln macht.

Die durchschnittliche Lebenserwartung eines spanischen Bergarbeiters ist nur 35 Jahre !

Das Regime Juan Carlos wird sehr instabil bleiben. Angesichts wachsenden Drucks von der Arbeiterklasse und angesichts der immer tiefer werdenden Krise des spanischen Kapitalismus (das Außenhandelsdefizit ist in den ersten 10 Monaten 1975 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,5 Prozent gestiegen) werden sich Carlos und seine Berater unschlüssig sein, was sie tun sollen. Eine echte Demokratisierung kann und wird es unter Carlos nicht geben.

Begrenzte Amnestie und Liberalisierung wird den Druck von unten nicht eindämmen. Carlos könnte gezwungen sein, den Arbeiterparteien alle Freiheiten zu gewähren und die Führer der Sozialistischen und kommunistischen Partei in eine neue Koalitionsregierung einzubeziehen.

Aber eine solche Regierung würde von der herrschenden Klasse nur dazu benützt werden, die Bewegung der Arbeiter von der Erkämpfung ihrer vollen Forderungen zurückzuhalten. Die Befürchtung, daß die Führer der Arbeiterparteien sich auf eine solche Zusammenarbeit mit bürgerlichen Liberalen, Christdemokraten und Monarchisten, sogar ehemaligen Faschisten einlassen könnten, ist nicht aus der Luft gegriffen. Beide haben bereits ihre entsprechenden Volksfrontbündnisse gegründet - die "Demokratische Konvergenz" und die "Demokratische Junta". Ein Zusammengehen der beiden Bündnisse, in denen ein breites Spektrum von Monarchisten und Ex-Faschisten bis hin zu den beiden großen Arbeiterparteien und den Maoisten vertreten ist, ist wahrscheinlich.

Beide verlangen Befreiung aller politischen Gefangenen, Versammlungsfreiheit, Streikrecht. Aber sie haben keine Antwort auf die Frage, wie eine demokratische Regierung die Lebensbedingungen der spanischen Arbeiterklasse unter dem Kapitalismus verbessern kann. Sozialismus ist etwas für die ferne Zukunft, sagen sie.

## ARBEITERREGIERUNG!

Nur die Jungsozialisten (JSE) in der Sozialistischen Partei haben die notwendigen demokratischen Forderungen durch den Aufruf an alle Arbeiterparteien ergänzt, in Einheitsaktion eine Erhöhung des Monatslohns um 250 Mark für alle Arbeiter zu erkämpfen, damit der unter Carlos wirksame Lohnstopp aufgehoben wird und die Arbeiter sich von der Inflation erholen können.

Die JSE fordern eine 40-Stunden-Woche, soziale Sicherheit, Altersgrenze bei 60 Jahren, Land für die Bauern und Reformen des Gesundheitswesens und Bildungssystems. Aber sie sehen auch, daß der spanische Kapitalismus diese Forderungen gar nicht erfüllen kann. Aus diesem Grunde verbinden sie diese Forderung mit der Forderung nach entschädigungsloser Verstaatlichung der Großkonzerne und Arbeiterkontrolle.



Sie fordern, daß eine frei gewählte verfassungsgebende Nationalversammlung

Sie fordern, daß eine frei gewählte verfassungsgebende einberufen werden soll, daß die Arbeiterparteien daraus eine Arbeiterregierung bilden sollen, die dann das sozialistische Programm durchführt und ein sozialistisches Spanien aufbaut. Erst dann kann von wirklicher demokratischer Freiheit für die Arbeiter gesprochen werden.

Klassenbewußte Arbeiter ebenso wie Kapitalisten aus allen Ländern werden in den nächsten Jahren mit Spannung nach Spanien blicken. Die internationale Bourgeoisie ist jedoch - wie Kissinger eingestehen muß - heutzutage so geschwächt, daß sie mehr oder weniger passiv das Geschehen verfolgen muß. Noch nie war die Arbeiterklasse international stärker als heute, noch nie war die Reaktion so schwach wie in der Mitte der 70er Jahre. Spanien ist der Schlüssel für die internationale Lage. Wenn es der spanischen Arbeiterklasse gelingt, das verrottete kapitalistische System und seine Helfer endgültig und für immer zu vertreiben, so wird dies ein Auftakt sein für die Schaffung eines sozialistischen Europas und einer sozialistischen Welt. K.K.

## BEENDET DIE KRISE!

Fortsetzung von S. 1

Dies kann aber nur durch Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse erreicht werden, die über verschiedene Stoßrichtungen bereits angefallen sind oder vorbereitet werden:

- o Versuche, die Lohnerhöhungen auf einen Inflationsausgleich zu beschränken - in Wirklichkeit bedeutet dies wegen progressiver Besteuerung eine Senkung der Realeinkommen
- o Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 2 auf 3 Prozent ab 1.1.76
- o Einschneidende Kürzungen der Sozialausgaben des Staates (die "Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur" werden allein 1976 Einsparungen in Höhe von 8 Mrd. DM einbringen)
- o Steuererhöhungen zu Lasten des kleinen Mannes (Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1.1.77 um 2 %).

Auf der anderen Seite greift die Regierung massiv gewinnfördernd zugunsten der Kapitalisten in den Wirtschaftskreislauf ein:

- o durch Subventionen, Investitionsanreize (die 7%ige Investitionszulage erreicht eine Größenordnung von 7 Mrd.), Steuererleichterungen (der schon angekündigte "Verlustrücktrag" für kleinere und mittlere Unternehmen) sowie "millionenschwere" Konjunkturstützungsprogramme aus öffentlichen Mitteln.

Das Ergebnis dieser gewaltigen Umverteilungsaktion des Staates zugunsten der Wirtschaft sind finanzielle Defizite (öffentliche Verschuldung) in bisher ungekannter Höhe:

allein in den Jahren '75 und '76 beläuft sich das Defizit aller öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden) auf jeweils 75-80 Mrd. DM (auf den Bund entfallen rund 40 Mrd. DM) - und das trotz massiver Kürzung der (Sozial-)Ausgaben.!

Jeder finanzpolitische Laie kann sich an fünf Fingern abzählen, daß eine solche Schuldenpolitik nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann

## Weltwirtschaft

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt setzt sich unter den bürgerlichen Ökonomen (wieder einmal!) eine vorsichtige Zuversicht gegenüber der zukünftigen Konjunkturentwicklung durch. Wirtschaftsforschungsinstitute, Bundesbank und Sachverständigenrat kommen alle zu dem Schluß, der Wirtschaftsaufschwung werde sich nun endlich durchsetzen.

Allerdings sind diese Prognosen an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Dazu zählen: Die Bestätigung und Fortsetzung der Erholungstendenzen in der Weltwirtschaft insgesamt (besonders in den USA) und damit des deutschen Exports sowie eine Fortsetzung der "gemäßigten" Lohnabschlüsse (bestenfalls Inflationsausgleich!).

All dies ist jedoch in Frage gestellt!

Selbst bürgerliche Wissenschaftler zweifeln, ob die Erholungsanzeichen in den USA nicht nur eine auf gewaltigen Finanzspritzen des Staates beruhende vorübergehende Scheinblüte darstellen. Zumindest aber sind Länge und Ausmaß des erwarteten US-Aufschwungs heftig umstritten.

Unsicher erscheint ebenfalls die Voraussage, die Arbeiter und Gewerkschaften würden sich für eine längere Periode mit Lohnabschlüssen zufriedengeben, die wie in der Stahlindustrie mit 5-6% eine Verschlechterung des Lebensstandards nach sich ziehen. (Das Unternehmenssprachrohr "Handelsblatt" gab zu, daß sogar eine Lohnerhöhung von 10% bestenfalls die gegenwärtige Kaufkraft der Arbeiter sichern könne!) Gerade im Falle einer gewissen Konjunkturerholung würde sich (wie 1969 und 1973) die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter in den Fabriken wieder in zahlreichen Streiks entladen, die die Gewerkschaftsführung zwingen, höhere Lohnabschlüsse durchzusetzen.

Wie stark sich die sogenannten "Weisen" des Sachverständigenrats verschätzen können, zeigt ihr Gutachten vom letzten Jahr, in dem sie ebenso wie die meisten anderen "Experten" für 1975 ein reales Wirtschaftswachstum von 22 Prozent voraussagten, woraus nun tatsächlich eine Schrumpfung um 4-5 % wurde. Also war hier eher der Wunsch Vater der Voraussage.

Obwohl für die Bundesrepublik der seit Anfang 1975 beschworene und vorhergesagte Aufschwung in der ersten Hälfte 1976 durchaus eintreten kann (eher als in anderen Ländern wie Italien oder England), gibt es auch viele Anzeichen, die den Optimismus von Regierung und "Experten" dämpfen müßten:

So sind die industriellen Kapazitäten nur zu 75 % ausgelastet, haben sich die Profite der Unternehmer nach jahrelangem Schrumpfungsprozeß noch nicht zur Zufriedenheit der Kapitalisten erholt (die Lohnabschlüsse von 5-6 % in der Stahlindustrie bezeichnen die Unternehmensverbände als noch zu hoch!) und von einer grundlegenden Verbesserung des "Investitionsklimas" kann folglich bisher nicht gesprochen werden.

Im Gegenteil: Nach einer Umfrage der Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets wurden die Aussichten von der dort ansässigen Industrie ungünstiger beurteilt als im vergangenen Frühjahr; jedes zweite befragte Unternehmen wollte 1976 die Investitionen weiter drosseln.

## Tiefe Krise

Ähnliche Nachrichten kommen aus zahlreichen Industriezweigen:

Das Produktionsvolumen der Bauwirtschaft liegt in diesem Jahr unter dem Niveau von 1969; trotzdem wird es 1976 noch weiter fallen (IFO-Institut).

In der für die Investitionsentwicklung besonders aufschlußreichen Maschinenbauindustrie lagen die inländischen Aufträge im September noch um 20 % unter dem Stand von April/Mai. Die chemische Industrie rechnet für 1975 bei einer Kapazitätsauslastung zwischen 40 und 70 % mit einem 10 %igen Rückgang von Umsatz und Produkten sowie erheblich geschrumpften Profiten. Insgesamt läßt sich in 21 von 38 Industriebranchen eine zweistellige Schrumpfrate registrieren, nur bei 4 Branchen dagegen ein Wachstum (SZ, 22.11.75)

Kurz gesagt: Momentane Belebungszeichen sind im wesentlichen auf die massiven Konjunkturspritzen aus öffentlichen Haushalten zurückzuführen. Die eigenen Finanzierungskräfte der Wirtschaft reichen noch nicht aus.

## Dauerarbeitslosigkeit

Aber was ist das denn überhaupt für ein Aufschwung, der weiterhin für mehr als 1 Million Menschen Arbeitslosigkeit bedeutet? Eines haben alle Gutachten und Prognosen erkannt: SELBST BEI 5%IGEM WACHSTUM DER WESTDEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1976 WÜRDIE DIE ARBEITSLOSIGKEIT IM JAHRES DURCHSCHNITT NICHT UNTER DIE SCHWELLE VON EINER MILLION SINKEN!

Umgekehrt würde bei weniger günstiger Entwicklung des Wirtschaftswachstums die Arbeitslosigkeit sogar weiter erheblich steigen.

Wenn es nach den Kapitalisten und ihren ökonomischen Gehilfen geht, sollen wir uns schleunigst wieder daran gewöhnen, Arbeitslosigkeit in dieser Größenordnung als "Normalzustand" zu begreifen - und das nach Jahren der Vollbeschäftigungs-"Garantien"!

Die auch bei günstiger Konjunktur-entwicklung zunächst anhaltende Massenarbeitslosigkeit erklärt sich aus den erheblichen Kapazitätsreserven der Industrie, die bei einer Wirtschaftsbelebung in der ersten Phase mobilisiert werden können, bevor neue Arbeitskräfte eingestellt werden müssen; weiterhin bestehen erhebliche Reserven an verfügbarer Arbeitszeit durch eine Beseitigung der Kurzarbeit. Deshalb zieht das Argument der Bundesregierung nicht, daß erhöhte Unternehmergewinne zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung führen...

- denn erstens führen steigende Profite durchaus nicht zwangsläufig auch zu entsprechend steigenden Investitionen in der inländischen Industrie - schon gar nicht bei unsicheren Zukunftserwartungen!

- zweitens haben zahlreiche Investitionen (gerade in der Krise) den Charakter von Rationalisierungsinvestitionen, die letztlich Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzen und somit keine Besserung der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen

- und drittens werden direkt beschäftigungswirksame Investitionen erst bei Erreichung der Vollauslastung der Produktionskapazitäten verstärkt durchgeführt.

Das bedeutet, daß die Arbeitslosigkeit entscheidend nur bei einer lang anhaltenden und kräftigen konjunkturellen Aufschwungsentwicklung abgebaut werden kann. Die Chancen für einen solchen Boom "alten Stils" sind jedoch gering. Im Gegensatz zu 1950 gibt es heute keine neuen Industrien wie Elektronik und Kunststoff usw. als Träger eines neuen Aufschwungs und die Ost- und Chinapolitik hat den Weltmarkt erschöpft. Die Wachstumsraten der bundesdeutschen Wirtschaft haben sich seit Beendigung der eigentlichen Nachkriegs- und Aufbauphase im Großen und Ganzen immer mehr abgeschwächt.

## SPD

Unsere Partei wurde 1972 zur stärksten Partei, weil sie umfangreiche Reformen versprach. Von Lohnbeschränkung, Abbau

von Sozialleistungen, Steuererhöhungen und direkter Subventionierung der Unternehmer steht nichts im Dortmunder Wahlprogramm. Aber wenn sich die SPD-Vertreter in der Regierung der Politik des Großkapitals und seiner FDP-Minister unterordnet und diese Politik voll und ganz vertritt, so erscheint sie in den Augen von Millionen ihrer Anhänger als Schuldiger an der Krise.

Die Folge ist die, daß viele ehemalige Stammwähler aus der Arbeiterklasse, die von der SPD tiefgreifende Reformen erwartet hatten, bei der nächsten Wahl enttäuscht zu Hause bleiben werden und die SPD zumindest vorübergehend ihre Gefolgschaft aufkündigen. Dies könnte den Ausschlag geben. Die gegenwärtige Politik der Bundesregierung und das zwangsläufige Scheitern dieser Politik wird vom Kapital und seiner Partei, der CDU/CSU verstärkt in demagogischer Form ausgeschlachtet werden und den Weg für einen möglichen CDU/CSU-Wahlsieg öffnen.

Willy Brandt erklärte kurz vor dem Mannheimer Parteitag der SPD in einem Interview (SZ, 10.11.75):

„die SPD werde deutlicher machen, daß sie die Partei ist, die zum Beispiel in ganz besonderem Maße der Sicherheit der Arbeitsplätze verpflichtet ist, die zum Beispiel das, was wir als Netz der sozialen Sicherung verstehen, bewahrt. Die SPD wird die Partei der Interessen der breiten Mehrheit unseres Volkes bleiben, würden wir zurückweichen - dann ade!“

Nach diesen Worten sollte die gesamte Parteiführung einschließlich Willy Brandt jetzt handeln, denn es vertritt sich nicht, wenn man die Interessen der breiten Bevölkerungsschichten herausstellt, gleichzeitig jedoch kritiklos das von Unternehmern und FDP erzwungene Krisenmanagement hinnimmt.

Eine Partei, die die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich hat und für die unzählige Arbeiter und Jugendliche 1972 leidenschaftlich gekämpft und erworben haben, darf sich nicht auf das schmutzige Geschäft der sozialen Demontage einlassen. Sonst - wie gesagt - ade!!

Es geht in erster Linie um die Sicherung der Arbeitsplätze, den Ausbau der Sozialleistungen der arbeitenden Bevölkerung. Diese Ziele können niemals auf der Grundlage des kapitalistischen Systems verwirklicht werden mit seiner unkontrollierbaren und notwendig krisenhaften Entwicklung.

## Sozialistische Alternative

Der einzige Ausweg aus der Krise ist die Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Die Aufstellung eines nationalen Produktionsplans unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen (Arbeiter, Hausfrauen etc.) würde eine an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Produktion ermöglichen und die Entwicklung der Produktionskräfte unter voller Ausschöpfung des technischen Fortschritts vorantreiben.

Die Ablösung des Kapitalismus durch die Einrichtung einer sozialistischen Demokratie in einem hochentwickelten Industriestaat würde die Wirtschaft von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise befreien und zu einer weitgehenden Befriedigung der materiellen Bedürfnisse aller bei sinkender Arbeitszeit in kürzester Frist führen. Zahlreiche Gründe sprechen für die Überlegenheit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung:

- der dem Kapitalismus innewohnenden sinnlosen Verschwendung menschlicher Arbeitskraft (Arbeitslosigkeit!) würde ein Ende gesetzt.

- Freisetzung erheblicher Produktionskapazitäten, die im Kapitalismus in der Herstellung völlig überflüssiger Güter gebunden sind

- Wegfall der Behinderung des technischen Fortschritts aus Profitinteresse (z.B. ist schon längst die Produktion länger haltbarer Glühlampen und Damenstrümpfe technisch möglich, wird aber von der Industrie zurückgehalten)

- Nutzung aller gestalterischen und schöpferischen Fähigkeiten der den Produktionsablauf selbst regelnden Arbeiter; ungehinderte volle Entfaltung der Eigeninitiative jedes einzelnen.

- Es würde keine Konkurrenz von wenigen Giganten mehr geben, die im Kapitalismus alle in der Hoffnung auf große Absatzmärkte riesige Kapazitäten aufbauen, durch Unsummen für Reklame ihren Marktanteil zuungunsten ihrer Konkurrenten zu vergrößern suchen.

EIN SOLCHER DEMOKRATISCHER ARBEITERSTAAT WÜRDIE DIE ARBEITER DER ANDEREN LÄNDER IN IHREM KAMPF ANFEUERN UND WÜRDIE SO DEN WEG FREIMACHEN FÜR DEN AUFBAU EINES SOZIALISTISCHEN EUROPAS UND EINER SOZIALISTISCHEN WELT!

# PORTUGAL: WIE GEHT ES

"WENN SPANIEN DEM WEG PORTUGALS FOLGT, WIRD EUROPA SICH IN DER GRÖSSTEN POLITISCHEN KRISE SEIT 1945 BEFINDEN" (Frankfurter Allgemeine Zeitung 3.10.75.)

Der Kapitalismus ist in Portugal gestürzt - Sozialisten aller Welt können sich freuen, daß am Rande Europas die sozialistische Revolution begonnen hat. Nach 48 Jahren brutalem Faschismus, Illegalität von jeglicher gewerkschaftlicher oder politischer Tätigkeit, nach einer Periode, wo ein Zehntel der Bevölkerung durch die Gefängnisse der Folterer der verhassten PIDE (Geheimpolizei) ging, betrat die Arbeiterklasse die Bühne des Geschehens in einer Reihe von Massenbewegungen, vergleichbar mit den zwei Revolutionen der russischen Arbeiter von 1917.

Vor dem Sturz Caetanos war Portugal reif überreif sogar für eine Revolution. 13 Jahre Krieg gegen die Befreiungsbewegungen in drei afrikanischen Ländern verschlangen jährlich 40% des Staatseinkommens und brachten das ärmste Land Westeuropas an den Rand des Bankrotts. 2,5 Mio. Menschen verließen Portugal, um der Wehrpflicht zu entgehen oder einfach überhaupt Arbeit zu finden. Sechs enorm reiche Familien herrschten über eine veraltete, stagnierende Wirtschaft. Bei einer Inflationsrate von 25-30% kam es zu Kämpfen der Arbeiter um Erhaltung ihres Lebensstandards. 1971 streikten die Textilarbeiter in einer über ein halbes Jahrhundert nie dagewesenen Streikwelle, von der wir erst nach dem 25. April 1974 erfuhren. In den letzten Monaten des Caetano-Regimes streikten mindestens 15 000 in den Betrieben: Plessey, IIT, Algot, Signetics, Control-Data, Hoechst, Leyland, Ford und vielen anderen. Es streikten Bankangestellte, Flughafenarbeiter, Landarbeiter.

Die ganze Massenbasis des faschistischen Regimes verschwand, indem die Mittelschichten, Kleinhändler, Studenten, Intellektuelle, Teile der Kirche und Unter- und mittlere Offiziere der Streitkräfte in Opposition traten. Die Parallele zum heutigen Spanien ist auffallend. Die portugiesische Kapitalistenklasse wurde zurecht mit dem Faschismus identifiziert. Ihre einzige soziale Basis lag bei der Polizei und der PIDE, die gezwungen wurden, regelmäßige Razzien auf Arbeiterviertel zu machen, wobei sie prügeln, verhafteten und folterten, um die Bevölkerung einzuschüchtern und das Regime aufrechtzuerhalten.

## Arbeiter handeln

Der Sturz Caetanos am 25. April brachte sofort die Massen auf die Straßen, ungeachtet der Aufrufe im Radio, Ruhe zu bewahren und die Wahlen zur konstituierenden Versammlung abzuwarten. Wütende Massen jagten PIDE-Mitglieder und Denunzianten in Nebenstraßen und einige wurden getötet, bevor das Militär sie in Schutzhaft nehmen konnte. Die Regierung versprach die Freilassung der politischen Gefangenen, aber die Aktionen der Arbeiter forcierten die Entscheidung der Regierung. 5 000 versammelten sich außerhalb des berühmten Caxias Gefängnisses und forderten die Freilassung aller Häftlinge.

Ohne "Erlaubnis" der Regierung oder der Justiz machten die Arbeiter sofort Gebrauch von dem so lange verweigerten Streikrecht. Ohne auf ein Urteil der Richter zu warten, nahm 1 Mio. Menschen an der Lissaboner Mai-Kundgebung teil! Wir sahen etwas, das jede Revolution charakterisiert: den Auftritt der Massen auf der Bühne des Geschehens. Als 1943 Mussolini vom Obersten Rat abgesetzt wurde, kamen die Massen sofort auf die Straßen und gründeten binnen 24 Stunden Arbeiterräte. Nicht zu Frieden damit, bloß auf die Straße zu kommen, einmal zu demonstrieren und nach Hause zu gehen, ergriffen die portugiesischen Arbeiter die Initiative. Sie streikten um Lohnforderungen, besetzten Fabriken und warfen die alten Manager aus den Betrieben. In einem berühmten Beispiel warfen sie tatsächlich den Manager aus dem Fenster, um ihm beizubringen, wer die neuen Bosse seien!

Wichtige Elemente der Arbeiterkontrolle sind errungen worden, wobei die Arbeiter durch Kommissionen (Räte) die Produktion bestimmen, über Anstellung und Entlassung entscheiden. Sie haben die Schulden des vorigen Managements gestrichen. Sie luden Mitglieder der politischen Parteien ein, in der Verwaltung die bis dahin nicht qualifizierten Arbeiter zu beraten.

Die armen Bauern und Landarbeiter, besonders im Süden, wo Großgrundbesitz vorherrschte, der größtenteils leer und ungenutzt war, besetzten die Ländereien. In den Städten wurde in hunderten von Betrieben aller Branchen gestreikt. Wie ist also General Spínola, der als Freiwilliger für Franco im Bürgerkrieg und Hitler an der Ostfront gekämpft hatte, der

"Schlächter Angolas" und Ex-Direktor zweier der größten Konzerne des Landes, wie ist dieser "Demokrat" an die Macht gekommen. Der selbe Prozeß ist in den ersten Etappen jeder Revolution zu beobachten. Die Macht gleitet aus den Händen der Arbeiter in die Hände der "liberalen" Vertreter der alten herrschenden Klasse. Im Februar 1917 kam Kerensky mit seiner provisorischen Regierung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre an die Macht. Genau wie Spínola, und leider auch die Führer der sozialistischen und kommunistischen Parteien Portugals, versuchte Kerensky, die Bewegung der Massen zu bremsen. Für Kerensky galt keinerlei Rede von "Sozialismus", im Gegenteil, man dürfe nur die bürgerliche Demokratie erreichen. Rußland sei zu "unterentwickelt" für eine sozialistische Revolution.

Und was taten die Erben Lenins, die Portugiesische KP, in einer ähnlichen Situation? Solange Spínola Staatspräsident war, lobte ihn die KP als tüchtigen Demokraten. Schließlich versuchte Spínola, die Reaktion zu mobilisieren. Lenins Parolen waren: Kein Vertrauen in die neue Regierung, alle Macht den Räten, Bewaffnung des Proletariats, sofortige Wahlen! Aber sogar nach Spínolas Putschversuch am 28. September 1974 wollte die KP-Führer Cunhal, daß Spínola weiter Präsident bleibe! Der Vergleich mit Rußland ist wertvoll: Es litt unter dem Zaren, mußte Krieg führen, die Wirtschaft wurde dadurch ruiniert, bäuerliche Analphabeten waren die Mehrheit der Bevölkerung, nur 10 % Arbeiter. Obwohl die portugiesische Arbeiterklasse ein Drittel der Bevölkerung ausmacht ist Portugal ähnlich wie das damalige Rußland gleichzeitig Unterdrücker anderer Nationen wie Halbkolonie der imperialistischen Länder.



Also kommen in Portugal Eigenschaften sowohl der Klassenbewegungen in den entwickelten Ländern als auch der Revolutionen in der Kolonialwelt zum Ausdruck. So breit und mächtig war die Bewegung der portugiesischen Arbeiterklasse, daß sie fast mühelos drei Versuche zur bürgerlichen Konterrevolution zerschlug. Im Juli 1974 und wieder im September versuchte Spínola, die Regierung nach rechts zu schieben und reaktionäre Kräfte zu sammeln. Jeder Versuch aber trieb nur die Bewegung der Arbeiterklasse weiter voran und Spínola mußte schließlich abtreten.

Die Arbeiterklasse reagierte spontan auf Spínolas Versuch, die Rechten im September '74 in Lissabon zu mobilisieren - bewaffnete Arbeiterposten entstanden, Arbeiter, einfache Soldaten und Matrosen bildeten Straßensperren um die Hauptstadt. Sie hielten die Faschisten davon ab, in die Innenstadt zu kommen.

Schon Karl Marx erkannte, daß die Revolution manchmal die Peitsche der Konterrevolution benötigt. Nach den Ereignissen im September 1974 bestand die einmalige Gelegenheit für die Arbeiterklasse, die Macht friedlich zu erobern.

Die Arbeiterklasse besaß ungenügendes Selbstvertrauen. Das Militär war nicht nur gegen die Reaktion, sondern breite Mehrheit der Armeegehörigen stand durchaus auf der Seite der Arbeiter. Die Armen Bauern und Landarbeiter solidarisierten sich mit ihren Brüdern aus den Städten.

Selbst der portugiesische Unternehmerverband schickte ein Telegramm an Premierminister Goncalves, in dem er sich vom Putschversuch distanzierte und der provisorischen Regierung seine Unterstützung versprach.

Es existierte keine soziale Basis für die Reaktion!

Die MFA-beherrschte Regierung rutschte unter dem Druck der Massen weiter nach links. Spínola und 200 seiner Anhänger unter den Offizieren wurden aus dem MFA-Rat und ihren wichtigen Positionen in den Streitkräften entlassen.

So kam es zum Putschversuch vom 11. März 1975, einem Versuch, der als der lächerlichste der Geschichte gilt. Mit zwei aus dem zweiten Weltkrieg stammenden Flugzeugen, ein paar Hubschraubern und ein paar Dutzend Fallschirmtruppen versuchte Spínola, eine zweifellos von der NATO bzw. amerikanischen "Beratern" angestiftete Revolte der "Gemäßigten" zu veranstalten. Dieser stümperhafte Plan scheiterte binnen 90 Minuten. Keine Sektion der Streitkräfte stand dahinter. Die Arbeiter bildeten wieder Straßensperren und verbündeten sich mit den Soldaten, von denen sie Waffen erhielten.

## Verstaatlichung

Die Bankangestellten, die normalerweise nicht zu den kämpferischsten Schichten des Proletariats gehören, besetzten die Banken, als sie vom Putschversuch erfuhren. Seit Monaten wußten sie, daß die Bankdirektoren den Reaktionen geheime finanzielle Unterstützung zukommen ließen. Jetzt weigerten sie sich, die Banken zu verlassen, bevor die MFA sie verstaatlichte. Die MFA versuchte vergebens, Truppen einzusetzen, aber keine einzige Einheit konnte dafür auf die Beine gebracht werden. Die MFA wurde gezwungen, die Banken und kurz danach die Versicherungsgesellschaften zu verstaatlichen. Mit einem Schlag wurden die über 50% der Wirtschaft, die von den Banken beherrscht wurden, damit vom Staat übernommen.

Da die MFA nun schon so weit gegangen war, war es nur logisch, daß sie anschließend auch die größten Konzerne Portugals verstaatlichte.

Weil keine der politischen Parteien den Weg nach vorne zeigte, entstand ein Vakuum, in das die MFA eindringen mußte. Aber wie konnte es passieren, daß eine Bewegung von Offizieren eine soziale Revolution durchführt?

Dies ist zurückzuführen auf die Tatsache, daß Portugal selbst eine Halbkolonie war. In den kolonialen Ländern spielt das Militär eine besondere Rolle. Es ist die einzige moderne Institution im Lande, es bekommt den Löwenanteil der Staatsausgaben und wird zum Zentrum der Erziehung und Wissenschaft.

In Portugal spiegelte sich die weltweite Radikalisierung des Kleinbürgertums und seiner am weitesten radikalisierten Teile, der Studenten und Intellektuellen bei den jungen Offizieren wider. Um sich gegen die Befreiungskämpfer Afrikas zu rüsten, mußten sie unter dem alten Regime Werke von Marx, Lenin, Castro und Guevara studieren! Die Auswirkungen davon sind heute zu sehen, wo die meisten jungen Offiziere und sogar einige hohe Offiziere zweifellos aufrichtige, wenn auch sehr verwirrte Sozialisten sind.

Letzten Endes aber machten die Ereignisse selbst die MFA zu einem Agenten des unaufhaltsamen Fortschreitens der Revolution. Am Anfang der Revolution hatte die MFA keine Perspektive. Sie wußte nicht einmal, was sie überhaupt wollte, oder wohin. Ihre Naivität wurde am ersten Tag deutlich, als sie auf Bitten des ehemaligen Diktators Caetano hin Spínola als ihren Führer akzeptierte. Wie die kleinbürgerlichen kubanischen Guerillas, die Heeresoffiziere Syriens, Burmas und Äthiopiens wurde aber die MFA Schritt für Schritt zur unvermeidlichen sozialen Revolution getrieben.

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs hat sich das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse verändert. Während noch zwischen den beiden Weltkriegen die Offiziere in Rußland (1917), Spanien und Deutschland fast ausnahmslos auf der Seite der Reaktion stand, war in Portugal 1974 nur die PIDE (Geheimpolizei) voll und ganz auf der Seite der Faschisten, wohl weil sie die Rache der Massen fürchtete.

## Diktatur ohne Diktator

Die MFA-Herrschaft seit April 1974 stellt eine Diktatur ohne Diktator dar. Obgleich es 6 verschiedene Regierungen gegeben hat, ubte immer die MFA die wirkliche Macht aus. Ihre Herrschaft ist eine Art schwacher Bonapartismus, sie balanciert zwischen Arbeiterklasse und Imperialismus, ohne die geringste Stabilität und ohne einen einzigen "starken Mann".

Die MFA kann es sich nicht leisten, ihre Machtbasis zu verlieren. Wenn es jetzt zu einem erneuten reaktionären Putschversuch käme - und diese Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, dann wären die MFA-Führer sogar die ersten,

die von den Reaktionen hingerichtet würden. Sie haben alle Brücken hinter sich abgebrochen. Die Offiziere blicken auf solche Länder wie Kuba, Syrien, Burma und China, wo auf der Basis von sehr fortschrittlichen Planwirtschaften die herrschenden Offiziere bedeutende Privilegien genießen. Der Putsch gegen Caetano hatte die Schleusen der Revolution geöffnet, und die MFA fand plötzlich, daß sie die Wellen nicht mehr eindämmen konnte, selbst wenn sie es wollte.



Die MFA-Offiziere würden sehr gerne eine feste bürokratische Kontrolle ausüben. Aber die instabile Wirtschaftslage und die starken Elemente von Arbeiterkontrolle in der Industrie machen das Herauskristallisieren einer mächtigen Bürokratie äußerst schwierig.

Der Staatshaushalt 1975 weist ein Rekorddefizit von 3 Milliarden DM auf - 38 % der staatlichen Ausgaben. Die Zahl der Arbeitslosen nähert sich 400 000, also 13% nach offiziellen Angaben. In Wirklichkeit sind es jedoch viel mehr! Der Rückgang des Brutto-sozialprodukts beträgt 1975 10 bis 15 Prozent. 1974 ging die Industrieproduktion um 19 % zurück. Die Inflation liegt immer noch bei rund 25 % und das Land hat ein großes Außenhandelsdefizit.

In den meisten verstaatlichten Betrieben und auch in den noch privaten Firmen kann kein Beschluß ohne Zustimmung der Arbeiter gefasst werden. Aber was fehlt ist Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Gesamtgesellschaft und Gesamtwirtschaft. Die Staatsmacht wird nicht von den Arbeitern selbst, sondern von der MFA von oben ausgeübt. Der Rat der MFA bleibt ein geheimes, undemokratisches Gremium von 240 Offizieren, nur wenige einfache Soldaten und Matrosen gehören ihm an. Trotz der weitgehenden Verstaatlichungen gibt es bis jetzt keinen zentralen Wirtschaftsplan.

Die im September gegründete sechste provisorische Regierung ist in den letzten paar Monaten der Revolution wirtschaftlich nach links und politisch nach rechts gedrängt worden. Die umfangreichen Verstaatlichungen wurden bestätigt. Bis zum Redaktions-schluß wurde aber bekannt, daß verschiedene linke Gruppen verboten und daß verschiedene, d.h. Hunderte von Offizieren verhaftet worden sind. Es wäre jedoch völlig falsch, dieses Regime als "faschistisch" zu bezeichnen. Es kam an die Macht mit dem Ziel, "Disziplin" in der Armee und in dem Lande wiederherzustellen.

Die Ereignisse der letzten 3 Monate zeigen die ungebrochene Stärke der Arbeiterklasse, 250 000 Metallarbeiter traten schon im Oktober in Streik.

## Unruhe in der Armee

In den Streitkräften herrscht "Unruhe" und Ungehorsamkeit. Politik wird eifrig in den Kasernen diskutiert. Die Fallschirmjäger, die in allen Armeen zu den brutalsten und am strengsten disziplinierten Truppen gehören, wurden zum Rundfunksender "Radio Renascença" kommandiert und sprengten ihn in die Luft. Aber nach einer Demonstration von 2000 Menschen gegen die Sprengung wurde die Zerstörung auf einer Vollversammlung der Fallschirmjäger scharf verurteilt. Auf einer Pressekonferenz beteuerten sie zum Teil unter Tränen, über den Zweck des Einsatzes vorher nicht informiert geworden zu sein, und bedauerten, "gegen das Interesse des Volkes" gehandelt zu haben. Der Versuch im September, den von linksgerichteten Arbeitern und Redakteuren besetzten ehemaligen reaktionären katholischen Sender

# WEITER ?

zu übernehmen, war gescheitert, nachdem die Truppen meuterten und sich mit den Arbeitern verbrüderten.

Diese Unruhen bedeuten ein instinktives, aber unbewußtes Verlangen der Arbeiterklasse und Soldaten nach einer echten Arbeiterdemokratie, und deswegen sind sie für die MFA-Führer gefährlich. Nach 20 Monaten revolutionären Prozesses ist die Arbeiterklasse immer noch unbesiegt. Ein Gesetz, das es den Zeitungen verbietet sollte, Berichte über politische Entwicklungen in den Streitkräften zu bringen, mußte aufgehoben werden, weil niemand sich daran hielt!

Charakteristisch für die Hilflosigkeit angesichts dieser "Disziplinlosigkeit" ist der Versuch, eine Stoßtruppgruppe, die "militärische Eingreifsguppe" (AMI) aufzubauen. Am 12.11.75 wurde von Fabiao der Befehl erteilt, diese Sondergruppe zusammenzufassen. Am 21.11.75 löste sie der Revolutionsrat der MFA auf, weil sie "eines der Hauptangriffsziele militanter linker Kreise innerhalb und außerhalb der Streitkräfte" bildete.!

Die Regierung forderte die Einlieferung der 30 000 an radikale Arbeiter verteilten Waffen - ganze 4 wurden abgegeben....

Das Azevedo-Regime ist eine Art schwacher proletarischer Bonapartismus, d.h. es stützt sich auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse - die verstaatlichte Wirtschaft - und auch die Hilfe der EG- und US-Kapitalisten und Imperialisten.



Premier Azevedo, Vorgänger Goncalves

Die Imperialisten haben sich mit ihrer Niederlage nach dem 11. März abfinden müssen. Heuchlerisch verkündeten sie als ihr Ziel eine "pluralistische Demokratie" nach westeuropäischem Muster, aber niemand glaubt im Ernst, daß in diesem rückständigen Land mit einigen 100 Millionen Mark Hilfe die Grundlage für eine solche "demokratische Wohlstandsgesellschaft" geschaffen werden kann. Ihre Hoffnung liegt darin, daß im "so oder so sozialistischen Portugal" (FR, 21.10.75) keine russischen Militärstützpunkte etabliert werden. Dementsprechend soll der Einfluß der KP eingeschränkt und darüber hinaus Ruhe und Ordnung im Land wiederhergestellt werden. Jetzt plant das Regime, die radikaleren Regimenter aufzulösen, um eine kleinere, "diszipliniertere" Armee zu bekommen.

## Ordnung herrscht in Lissabon

Die Revolte der Fallschirmjäger in der letzten Novemb. erwachte war kennzeichnend für die portugiesische Revolution. Sie war weniger ein Putschversuch denn eine Protestaktion gegen Carvalhos Amtsenthebung als militärischer Befehlshaber für die Region Lissabon. Die Fallschirmjäger und ihre lockeren Verbündeten im R.A.L. (leichtes Artillerieregiment Nr.1) und in der Militärpolizei gaben ohne Blutvergießen auf und umarmten ihre regierungstreuen Gegner nach Abbruch des Putsches. Die Rebellion verstümmte es, an die Arbeiter zu appellieren; diese blieben deshalb passiv.

Die Regierung wagt es nicht, offen gegen die Arbeiter vorzugehen.

60 000 Bauarbeiter demütigten die Azevedo-Regierung, als sie am 12.11.75 das Parlamentsgebäude belagerten, um eine 44% Lohnerhöhung für die nahezu eine Million Bauarbeiter in Portugal zu erkämpfen.

Hierauf erließ die Regierung ein Ultimatum an Präsident Costa Gomes, endlich seinem Kabinett "beizustehen".

Trotz der Lohnspolitik der Regierung mußte sie nach 37 Stunden Belagerung nachgeben. Die Perspektive für die kommenden Monate ist die, daß

die durch den Sieg der Bauarbeiter ermunterte Arbeiterklasse um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen wird. Die Regierung - obgleich die gescheiterte Rebellion sie vorübergehend gestärkt hat - kann nur versuchen, den Sturm so gut wie möglich zu überstehen, und allmählich dann ihren Willen durchzusetzen.

## PCP

Angesichts der wirtschaftlichen Lage kann sie langfristig keineswegs stabil sein. Aber die KP, die gegenwärtig eine nachzüglerische und widerspruchsvolle Taktik verfolgt, indem sie den Posten des Landwirtschaftsministers im Azevedo-Kabinett behält und andererseits die Anti-Regierungs-Bewegungen an der Basis unterstützt, hatte eine führende Position im Bauarbeiterstreik. Die revolutionäre Energie der Bauarbeiter wurde von ihr zu nichts ausgenutzt, als eine Rückkehr von Goncalves in das Amt des Ministerpräsidenten zu fordern.

Ihre Parole "Vasco (Goncalves) soll zurückkommen!" bot den Arbeitern nichts konkretes an. In seiner kurzen Amtszeit hatte sich Goncalves kaum als konsequenter Sozialist ausgezeichnet. Jetzt konnte die KP ihre Mitglieder und Anhänger in der Arbeiterklasse nicht davon abhalten, eine offene Konfrontation mit der Regierung zu eröffnen, ohne ihre Basis zu verlieren.

Wenn die KP eine echte, marxistische Partei wäre, hätte sie ihre Stützpunkte im Lissaboner Proletariat und unter den Landarbeitern und armen Bauern im Süden dazu benutzt, um die Mehrheit der Arbeiter und armen Bauern im Lande für ein klares Programm für Arbeiterdemokratie und einen Wirtschaftsplan durch ehrliche Propaganda und geduldige Erklärung zu gewinnen. Die Frage der Pressefreiheit mußte dabei genau erklärt sein. Das Recht auf Publikation in den Massenmedien muß im Rahmen eines verstaatlichten Presse- und Mediensystems allen Tendenzen, die die Errungenschaften der Revolution akzeptieren, entsprechend ihrer Unterstützung in der Bevölkerung gewährt werden.

## Konterrevolution

In dieser chaotischen Situation hofft die bürgerliche Reaktion, eine Gelegenheit zu finden, um sich eine Massenbasis zu schaffen.

Auf dieser Grundlage soll dann ein neuer Putschversuch vorbereitet werden. Die Reaktion könnte aber nur gegen den harten Widerstand der Arbeiter und einfachen Soldaten, die ihre großen Errungenschaften nicht ohne Kampf aufgeben werden, siegen.

Die heutigen MFA-Führer würden als erste von den Reaktionären hingerichtet werden.

In der Zwischenzeit lauert Spinola hinter den Kulissen. In Spanien warten die 7 000 Soldaten der ELP (Portugiesische Befreiungsarmee) - hauptsächlich Ex - Geheimpolizisten der PIDE und Söldner, die aus den Reihen der Angola - Flüchtlinge durch Geldangebote rekrutiert wurden. Andere rechtsextreme Gruppen verüben Bombenanschläge auf KP- und Gewerkschaftsbüros.



Carvalho

Jedoch vermag die Reaktion nicht offen aufzutreten. Sie weiß jetzt nach der bitteren Erfahrung der letzten drei reaktionären Putschversuchen, daß ein erneuter Versuch wiederum Massenaktion der Arbeiter provozieren und die Revolution nochmals vorantreiben würde.

Keine der portugiesischen politischen Tendenzen, weder die SP noch die KP, weder der "gemäßigte" Azevedo noch der Linksputschismus des Carvalho-Flügels, kann einen Ausweg zeigen.

Indem die SP den Arbeitern und Kleinbauern Portugals kein klares Programm anbietet, stärkt sie ebenso wie alle anderen politischen Tendenzen ungewollt die Sache der Reaktion.

Die SP ist bis jetzt immer von den Ereignissen überholt worden. Obgleich sie ein sozialistisches Programm unter dem Druck ihrer Massenbasis angenommen hatte, waren ihre Führer nicht bereit, diese radikalen Worte in entsprechenden Taten umzusetzen. In den ersten 11 Monaten der Revolution schien es so, als hätte man die ganze portugiesische Gesellschaft nach links gerückt. Faschistische Minister wurden zu Antifaschisten, Spinola wurde Erdemokrat, Faschisten wurden Christdemokraten und Volksdemokraten, und die PPD nannte sich sozialdemokratisch, obwohl sie von einem Faschisten geleitet wurde.

Die Wahlen vom 25. April 1975 waren ein großer Sieg für die Revolution: 93 Prozent stimmten direkt oder indirekt für die Revolution, nur 7 Prozent für die Reaktion. Die 38 % für die SP zeigten, daß die Arbeiter für den Sozialismus, aber auch gegen eine neue Diktatur waren.

## Arbeiterregierung

Die Arbeiter erwarten von den Sozialisten eine positive Alternative - sie wollen Arbeiterdemokratie, also sollte die SP das Programm für die Arbeiterdemokratie der Pariser Kommune, der Bolschewiki und der Ungarischen Arbeiter in der Revolution von 1956 durchsetzen:

- frei gewählte Arbeiterräte, Soldaten-, Matrosen- und Bauernräte mit garantierter Abwählbarkeit aller Delegierten.
- Kein stehendes Heer; systematische Arbeiterbewaffnung.
- Kein Funktionär (einschl. Staatschef) darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen.

# bildungsmisere

Im Hause der IG Metall Bochum hielt der Ortsverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 27. November eine öffentliche Kundgebung zum Thema "Gegen Sparmaßnahmen im Bildungsbereich" ab.

Etwa 250 Lehrer, Eltern und Schüler beteiligten sich an der Kundgebung. Die Redner vom DGB, von der GEW in der Stadt und vom Landes- und Hauptverband schilderten die sich rasch verschlechternde Lage im Bildungsbereich in Folge der Sparmaßnahmen auf Bundes- und Landesebene.

Wie der Kreisvorsitzende des DGB ausführte, trage die GEW die Hauptlast des Kampfes aller Gewerkschaften um die Verwirklichung des erziehungspolitischen Programms und des DGB-Grundsatzprogramms und für eine Neuordnung des Bildungswesens. Das Bildungssystem sei ohnehin schon unzureichend, um die Bedürfnisse der Schüler zu befriedigen, die Kürzungen und Sparmaßnahmen würden diesen Zustand nur noch verschlechtern.

Für den Landesvorstand der GEW sprach die Vorsitzende Kollegin Else Brusis. Das Land Nordrhein-Westfalen plane, für Lehrer 1976 Kurzarbeit einzuführen. Die Kollegen, die am 1.2.76 neu eingestellt werden, könnten nur als Halbzzeitler arbeiten. Der Unterrichtsbedarf sei gedeckt...:

- an Grundschulen zu 94,8 %
- an Hauptschulen zu 89,3 %
- an Sonderschulen zu 85,8 %
- an Gymnasien zu 77,0 %

Dies bedeute einen Unterrichtsausfall bis zu 25 %!

Der Versammlung wurde eine Resolution der GEW im Regierungsbezirk Arnsberg vorgelegt, die unter anderem eine Senkung der Klassenfrequenz und die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres sowie Einstellung aller Lehramtsanwärter und Lehrer nach dem 2. Examen verlangte. Als gewerkschaftliche Maßnahmen sieht die Resolution vor: Planung von weiteren öffentlichen Versammlungen und eventuellen Schulstreiks, Verweigerung von Überstunden und nebenamtlichem Unterricht.

Wie die Eisenbahner, Postangestellten, Wissenschaftler und Studenten werden jetzt auch die Lehrer und mit ihnen die Schüler der BRD im Zuge der Sparmaßnahmen angegriffen.

Im Bundesgebiet wurden 2 620 Lehramtskandidaten nicht in den Vorbereitungsdienst übernommen, 3 010 fertig ausgebildete Lehrer konnten keine Planstellen erhalten. Der laut angekündigte Geburtenrückgang - der sogenannte "Pillenknick", der 1972 8 % und 1973 gar 11 % betrug, ging 1974 auf 5 % weniger Geburten zurück.

Die zunehmende Misere im Bildungswesen widerspricht nicht nur den Wünschen und Interessen der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten, der Schüler und

- Keine permanente Bürokratie; "Wenn jeder ein Bürokrat wird, dann ist keiner ein Bürokrat" (Lenin)
- Freiheit für alle Parteien, die die Verstaatlichungen akzeptieren.

Selbst wenn dieses Programm angenommen würde, gäbe es noch keine Garantie für die Unterstützung durch die Bauernschaft. Der Bauer legt keinen großen Wert auf abstrakte Prinzipien - er kümmert sich nur um sein Stück Land. Deshalb müssen die SP-Führer den Bauern etwas für sie konkretes bieten:

- Freie Kredite
- Aufteilung des Großgrundbesitzes
- Freiwillige Kollektivierung
- Garantierte Abnahme und feste Preise der Landwirtschaftsprodukte
- Bewaffnung der Bauern zur Verteidigung der Revolution.

Aber um das Programm der Arbeiterdemokratie in die Tat umzusetzen, müssen die Sozialistische und Kommunistische Partei, die zusammen in der konstituierenden Versammlung die Mehrheit stellen, eine Räteverfassung ausarbeiten und durchsetzen und verwirklichen. Dazu kommt noch die Forderung nach endgültiger Enteignung ausländischer Kapitalisten und Großgrundbesitzer und Aufstellung eines von den Arbeiterräten ausgearbeiteten nationalen Wirtschaftsplans.

Ein isoliertes sozialistisches Portugal könnte jedoch auf Dauer nie überleben. Der Sozialismus läßt sich nur international festigen. Aber das Beispiel einer echten sozialistischen Demokratie würde den Kampf der Arbeiter in der anderen Ländern vorantreiben.

Noch ist die Situation in Portugal ziemlich verworren. Aber eines ist gewiß: Die jetzt allmählich in Gang kommende spanische Revolution wird den Lauf der portugiesischen Revolution erneut beschleunigen und die portugiesischen Arbeiter anfeuern.

VORAN ZUR IBERISCHEN REVOLUTION!  
VORAN ZU DEN VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA!

Karl Burkhard

Lehrer, der loyalen SPD-Mitglieder und Wähler, sondern auch den Versprechungen der SPD-Führung, die im Wahlprogramm 1972 enthalten waren. Damals hieß es wörtlich:

"BILDUNG UND AUSBILDUNG STELLEN DIE WEICHEN FÜR DIE ENTFALTUNG DES EINZELNEN, FÜR SEINE MENSCHLICHE UND BERUFLICHE ENTWICKLUNG. SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK WIRD... IN DER KOMMENDEN LEGISLATURPERIODE ALLE BEGONNENEN REFORMEN EBENSO ENERGISCH WIE STETIG FORTFÜHREN"

Versprochen wurde eine Erhöhung der Mittel für Bildung, für Wissenschaft und Forschung auf 9,5 Mrd. DM 1975.

Auch ungeachtet der Tatsache, daß die Kaufkraft der DM zwischen 1972 und 1975 um rund 20 Prozent zurückgegangen ist, wurde nicht einmal diese Summe von 9,5 Mrd. DM erreicht. Dieses Jahr beträgt der Beitrag des Bundes nur 8,5 Milliarden DM, also 12 % weniger als vorgesehen!

Daß das alte Reformprogramm nach den Worten des Bochumer DGB-Kollegen "spürlos verschwunden" ist, liegt am Ablauf des ungeplanten und unplanbaren Kapitalismus.

Wie ein arbeitsloser Lehrer, der die Position von Voran! vertritt, auf der Bochumer Kundgebung sagte, fehlten in der vorliegenden GEW-Resolution die Kernforderungen:

Die Lehrer sind politisch angegriffen worden, sie müssen eine politische Antwort finden. Wenn die Schulreform vom Kapital vereitelt wurde, dann ist es sinnlos, bloß die alten Forderungen von 1972 zu wiederholen. Daß das Geld da ist, zeigte das Steuer-geschenk an die Unternehmer am 14.10. 1975, wo die Herabsetzung der Vermögenssteuer um 30 %, ca. 900 Mill. DM, oder die Möglichkeit zur Sofortabschreibung "geringwertiger Wirtschaftsgüter", die 3,5 Mrd. kostete.!

Es ist notwendig, die Macht des Kapitals anzugreifen, die Forderung aus dem Grundsatzprogramm des DGB nach Überführung der Schlüsselindustrien in Staatseigentum in das Aktionsprogramm gegen die Sparmaßnahmen einzubauen. SPD-Kollegen in der GEW sollen zu ihren Ortsvereinen gehen und eine Änderung der Politik der SPD-Führung verlangen. Die Gewerkschaft könnte mit breiter Unterstützung der organisierten Arbeiterklasse rechnen, wenn sie ein Massenflugblatt drucken und überall verteilen ließe.

- o Nein zum Sparprogramm!
- o Einstellung aller Lehrer!
- o Senkung der Klassenfrequenz auf 20:1 für allgemeinbildende Schulen!
- o Weg mit den Subventionen für die Privatindustrie!
- o Verstaatlichung der Großkonzerne unter demokratischer Kontrolle!

## VORAN-INTERVIEW MIT EINEM JUNGEN MASCHINENSCHLOSSER

VORAN!: Wie sieht es mit Deiner Firma aus?

H.: Im Augenblick geht es noch, Entlassungen und Kurzarbeit gibt es bei uns noch nicht. Wir hatten jetzt einen Umsatz von 60 Millionen, und das bei einer Firma mit 600 Arbeitern.

V.: Dann stellt also jeder Arbeiter durchschnittlich Waren im Wert von 100 000 DM im Jahr her. Wieviel verdient denn jeder Arbeiter jährlich im Durchschnitt?

H.: Das weiß ich nicht genau, jedenfalls keine 100 000 Mark. Ich frage mich auch immer, wo das Geld bleibt. Denn investiert wird bei uns nicht großartig. Wir sind eine Tochtergesellschaft der DEW.

V.: ..die wiederum zur Thyssen-Gruppe gehört.

H.: Ja, da existieren also dann solche Gruppen, die ein unheimliches Interesse daran haben zu verdienen. Für die arbeiten wir praktisch mit. Da gibt es dann diesen Aufsichtsrat der beteiligten Firmen. Der macht einmal im Jahr seinen Rundgang durch die Firma. Dann hat die Firma nicht zuwenig Geld. Da wird eine Stunde vorher Feierabend gemacht und die ganze Halle geputzt. Dann gehen die durch den sauberen Laden und meinen, hier sei alles in Ordnung! Genauso ist es mit unseren Chefs. Ende September ist Inventur, dann kommen die durch die Hallen. Sonst lassen sie sich das ganze Jahr über nicht sehen...

V.: Die Chefs der Firma?

H.: Ja, das sind die Direktoren, d.h. sie sind eigentlich leitende Angestellte - nicht Arbeitnehmer, leitende Angestellte - aber praktisch sind sie die Chefs. Also, wenn die einmal im Jahr kommen, wird auch immer vorher geputzt. Die müssen ja meinen, es sei alles in Ordnung. Und ich habe bei unserem Betriebsrat das Gefühl, der tut auch nicht viel, um das Bild zurechtzurücken.

V.: Wie sind denn die Arbeitsbedingungen?

H.: Es ist ein Plachbau, Schnellbauweise, ohne Ventilation. Wir haben nur ein paar kleine Fenster, die reichen natürlich nicht aus. Dann wird unheimlich viel geschweißt und gelötet. Dabei entwickelt sich Wärme.

V.: Wie ist es im Sommer?

H.: Im Sommer ist es schrecklich.

\* \* \* \* \*

Diesen Sommer habe ich tatsächlich Hitzeschlag gehabt. Schlimm ist auch, wenn die Sonne auf die Fenster prallt. Wir haben jetzt durchgesetzt, daß an einigen Fenstern Rollos angebracht werden, aber dann kann man diese Fenster natürlich nicht mehr öffnen.

V.: Was macht der Betriebsrat?

H.: Wir haben uns beim Betriebsrat beschwert. Jetzt ist eine Absaugvorrichtung angebracht worden, um die Gase abzusaugen, die bei der Maschinenarbeit entstehen. Das hilft aber auch nicht viel. Die Gase werden nur an der einen Stelle abgesaugt.

V.: Glaubst Du, daß es in Eurer Firma besser aussehen würde, wenn die paritätische Mitbestimmung eingeführt würde?

H.: Natürlich wird uns nichts geschenkt, aber ich glaube schon, daß vieles besser würde, wenn die Arbeiter mehr Einfluß hätten und mitreden könnten. Es ist doch zum Beispiel so, daß in guten Zeiten kein Unternehmer an die Zukunft denkt. Sie überlegen nicht, was zu tun ist, um auch in Krisenzeiten bestehen zu können. Das ist auch ein Grund, warum so viele Unternehmen pleite gehen. In Krisenzeiten werden dann erstmal die Arbeiter rausgesetzt. Die Arbeiter selbst würden da weiter denken und natürlich niemals einen Kollegen entlassen.

V.: Aber ist es nicht so, daß oft ein Teil der Belegschaft entlassen werden muß, damit nicht die ganze Firma pleite geht und damit sie in der kapitalistischen Wirtschaft konkurrenzfähig bleibt und daß die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat in Krisenzeiten sicher oft vor der Alternative stehen: Teil-Entlassungen oder Gefährdung aller Arbeitsplätze?

H.: Ja, das stimmt, und den Arbeitnehmervertreter wird dann die Mitverantwortung zugeschoben. Die Unternehmer können dann sagen, "die haben ja auch zugestimmt". Aber die Alternative zur Mitbestimmung wäre eigentlich Enteignung. Das wäre natürlich noch besser. Ich weiß nur nicht, ob man das schon gleich fordern soll.

V.: Glaubst Du, daß das Konkurrenzprinzip durch die Mitbestimmung angetastet wird?

H.: Nein. Es ist dem Arbeiter auch nicht damit geholfen, wenn er in seiner eigenen Firma mitredet, aber diese Entscheidungen Auswirkungen auf andere Firmen haben. In dem Konkurrenzkampf,

der dann noch bestehen würde, müßte er bestrebt sein, für seine Firma das Beste rauszuholen, natürlich auf Kosten der anderen Firmen und der Kollegen dort.

V.: Du bist Mitglied in der SPD. Was erwartest Du davon?

H.: Ganz allgemein gesagt: Verbesserungen für die Arbeiter, die die Masse des Volkes sind. Er soll in der Gesellschaft über seine Geschicke mitbestimmen können zusammen mit seinen Kollegen, nicht mit den Bossen.

V.: Also Selbstbestimmung?

H.: Ja, aber im Rahmen der Toleranz den anderen gegenüber. Er soll mitbestimmen mit den anderen, nicht nur für sich selber, deshalb sage ich mitbestimmen. Wenn ich die ganze Klasse sehe, dann paßt der Ausdruck: Selbstbestimmung!

V.: Betreibt die SPD Deine Meinung nach eine Politik in diese Richtung?

H.: Ich habe manchmal Zweifel, ob ich überhaupt als Arbeiter in dieser Partei richtig bin. Die SPD war vor 1933 sicher mehr Arbeiterpartei als jetzt. Wir müssen sie wieder dahin bringen. Das wird natürlich eine Weile dauern. Wenn eine Mehrheit in der SPD Arbeiter wären, dann würden ihre Probleme viel mehr vertreten. Wir müssen also Arbeiter in die Partei holen.

V.: Wie soll man das machen?

H.: Naja, z.B. mit der Regierungsankündigung kann man vielleicht konservative Arbeiter holen, aber wir brauchen ein alternatives Programm. Viele Arbeiter orientieren sich nur daran, was gerade an aktuellen Sachen passiert, z.B. Ostpolitik oder so, aber nicht an den Zielen einer Partei. Die SPD muß klar ihre Ziele sagen, denn was sie erreichen will, ist im Augenblick ja noch ziemlich im Dunkeln. Zumindest für den Arbeiter. Es kann ja sein, daß einige Parteigewaltige an der Spitze wissen, was sie wollen. Wir haben doch heute tatsächlich die Situation, daß sich die Parteien gleichen wie ein Ei dem anderen. Es gibt z.Zeit keine großen Unterschiede.

Von oben kommt da nichts für den Arbeiter, die Arbeiter müssen selber was für sich tun. Wir müssen selber ein Programm erstellen, wir können nichts erwarten. Ich sehe auch keinen Sinn darin, bloß weil ich Parteimitglied bin alles von oben anzunehmen. Das verstehe ich nicht unter Basis. Die Parteigewalt soll von der Basis ausgehen.



## Stolz auf unser Land?

OBWOHL EIN AUFMERKSAMER BEOBACHTER DES MANNHEIMER PARTEITAGES ZU DEM SCHLUSS KOMMEN KÖNNTE, DASS EINE SCHWERE KRISE GAR NICHT BESTEHT, DASS DIE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER DRAUSSEN IM LANDE STOLZ AUF UNSER LAND SEIN KÖNNEN UND DASS DIE BASIS DER PARTEI NAHEZU EINMÜTIG DIE POLITIK SCHMIDTS UNTERSTÜTZT UND GUTHEISS, BRACHTEN DOCH ZAHLREICHE ANTRÄGE AUS UNTERGLIEDERUNGEN ZUM AUSDRUCK, DASS DIE PARTEIBASIS ENERGISCHE MASSNAHMEN IM INTERESSE DER BREITEN BEVÖLKERUNG FORDERT.

Die meisten kritischen Anträge wurden zwar auf dem Parteitag auf Vorschlag der Antragskommission nicht befaßt, an den Parteivorstand überwiesen (Begründung 1. Klasse) oder abgelehnt, aber wir halten es dennoch für interessant, hier einige Beispiele anzuführen.

ANTRAG 119 des Ortsvereins Maroldweisach (Bezirk Franken) forderte eine 100 %-ige steuerliche Ausschöpfung des nicht durch eigene Leistung und der Eigentümer entstandenen künftigen Bodenwertzuwachses, um "weiteres Ansteigen der Bodenpreise und die Ausbeutung der Gesamtheit durch das Grundeigentum" zu verhindern.

Eine Offenlegung von Nebeneinkünften wird in ANTRAG 220 des Ortsvereins Essen-Rüttenscheid gefordert: "Parteimitglieder, die aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit Nebeneinkünfte erhalten, sollen diese offenlegen und 80 % netto nach Steuern dieser Nebeneinkünfte an die Parteikasse ihres UB abführen." In der Begründung dieses Antrags wird darauf hingewiesen, daß viele Spitzenfunktionäre der Partei neben ihren Einkünften zusätzliche Spesen erstattet bekommen oder Dienstkraftwagen benutzen können, während die kleinen für die Parteiarbeit unerlässlichen Aktiven der Ortsvereine für die Besuche von Versammlungen, Sitzungen usw. neben ihren Beiträgen zusätzliche private Opfer bringen.

In ANTRAG 228 des südbayerischen Ortsvereins Lehel werden Anzeigen von Chemie- und Energiekonzernen im Mitgliedermagazin der Partei kritisiert. Der Ortsverein fordert die Partei auf, keine solchen Werbeanzeigen abzudrucken.

Die Ortsvereine Beuel und Poppelsdorf (Bezirk Mittelrhein) fordern eine Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses von 1972 und verurteilen die Berufsverbotspraxis der SPD-geführten Bundesländer. Der südhessische Unterbezirk Groß-Gerau fordert von den SPD-Bundesministern und dem SPD-Bundesvorstand, darauf hinzuwirken, die "Konzertierte Aktion" einzustellen und in Zukunft keine Lohnleitlinien aufzustellen (ANTRAG 323).

Das Problem Arbeitslosigkeit wurde von dem Unterbezirk Hannover Stadt aufgegriffen. In ANTRAG 370 heißt es: "Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort geeignete Schritte zu unternehmen, um 1) den Berechtigungszeitraum, in dem ein Arbeitsloser Arbeitslosengeld beziehen kann, von einem Jahr auf zwei Jahre zu verlängern, 2) für die Höhe des zu zahlenden Arbeitslosengeldes eine Regelung - vergleichbar der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - einzuführen, bei der dem Arbeitslosen keine materiellen Einbußen entstehen."

Der Bezirk Hessen-Süd forderte in ANTRAG 373 alle Gremien der Partei auf, sich nachdrücklich und stärker als bisher für ein Verbot der Aussperrung einzusetzen. "Dieses Verbot ist im Grundgesetz der BRD gesetzlich zu verankern."

Im ANTRAG 402 des Ortsvereins Neu-Süd heißt es: "Die sozialdemokratischen Minister und Mandatsträger werden aufgefordert, dahin zu wirken, daß die konkrete Verwaltungspraxis den inhaltlichen Prinzipien sozialdemokratischer Bildungspolitik entspricht, daß sie ständig überprüft und kritisch beobachtet wird."

## KÖLN: KURZARBEIT DANN ENTLASSUNGEN

Ein starker Rückgang der Produktion führt jetzt auch in meinem Betrieb (Werkzeugfabrik mittlerer Größe) zu Abbau von Überstunden, Kurzarbeit und Entlassungen. Der Export der Firma ging sehr stark zurück, im Inland wurde ebenfalls viel weniger abgesetzt.

So ist die allgemeine Perspektive recht düster, eine neue Entlassungswelle scheint unvermeidlich, da Kurzarbeit ja nur ein halbes Jahr lang andauern darf. Im Dezember etwa gibt es für uns nur eine Dreitagewoche. Keiner weiß, wie lange er noch Arbeit haben wird.

Jetzt wird auch allgemein versucht, die in den Aufschwungsjahren erkämpften Zugeständnisse wieder zurückzunehmen; die übertariflichen Zulagen werden gekürzt, das Weihnachtsgeld wird weniger sein als im letzten Jahr. Viele meiner Kollegen haben sich in den letzten Jahren durch Eigenheimbau oder Möbelanschaffung verschuldet und müssen jetzt sehen, wie sie angesichts angeschmälterter Löhne und Gehälter sich zurechtfinden.

Gleichzeitig werden Krankenversicherung, Gebühren und Tarife für alles möglich erhöht. Außerdem benutzen die Bosse die gegenwärtige Krise, um aus weniger Arbeitern und Angestellten mehr Arbeit herauszupressen, also die Leistungshetze zu vergrößern.

Dies wird auch bei einem Aufschwung der Fall sein, so daß Arbeitslosigkeit für viele eine Dauerangelegenheit bedeutet. Bei mir wird außerdem noch ein System der Leistungsbewertung eingeführt. Vorgesetzte bewerten die Leistung jedes Einzelnen in Punkten, und dementsprechend fällt dann der gesicherte Prozentsatz der übertariflichen Zulage aus.

Für viele Lehrlinge ist es schon jetzt so gut wie sicher, daß sie nach Beendigung ihrer Lehrzeit keinen Arbeitsvertrag erhalten werden.

Ich konnte in letzter Zeit feststellen, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder gestiegen ist, daß also mehr und mehr Kollegen erkennen, daß sie alleine und isoliert gar nichts erreichen. Mehr Kollegen haben auch die Betriebsräte und Vertrauensleute angesprochen und um Rat gebeten. Aber um wirklich der Krise begegnen zu können, brauchen die Gewerkschaften ein Aktionsprogramm mit klaren Forderungen.

Einen garantierten Arbeitsplatz oder Weiterbezahlung des vollen Lohns muß die Forderung gegen Entlassungen oder Kurzarbeit sein. Wenn wenig Aufträge da sind, dann soll die vorhandene Arbeit gleichmäßig verteilt werden, bei voller Weiterbezahlung des Lohns. Für die Lehrlinge muß die Übernahme in ein Beschäftigtenverhältnis oder Lohnausgleich erkämpft werden.

Wenn der Boß sich weigert, diese Forderungen zu erfüllen, dann soll er uns dies erst einmal beweisen; er soll seine Geschäftsbücher offenlegen.

Von meinen Kollegen wollen einige CDU wählen, aber nicht weil ihnen diese Partei gefällt, sondern sie glauben, die CDU würde die Krise wieder überwinden, weil sie bessere Beziehungen zum Großkapital hat als die Bundesregierung. Andererseits haben viele bisher den Ankündigungen und optimistischen Prognosen der SPD vertraut und sind jetzt perspektivlos und demoralisiert.

Es liegt nun an der SPD, den Kollegen etwas anzubieten.

F.S., Rheinland

## EISENBAHNER

Frage: Reicht Dein Einkommen zum Leben?

Antwort: Die sollen die Preise stoppen, nicht die Löhne, ein Arbeiter kann mit seinem Geld kaum auskommen. Ich könnte ruhig 3000 Mark mehr bekommen. Schau mal: ein Paar Schuhe kann 100 Mark kosten, und das bei 800 Mark netto im Monat. In Köln kostet eine 2-Zimmer-Wohnung mit Küche und Bad 300 bis 400 Mark. Ein Gläschen Whisky kostet 2,50 DM. Es ist alles Betrugerei.

Frage: Wie stehst Du zur SPD?

Antwort: Die SPD ist Arbeiterpartei, der Brandt ist in Ordnung. Doch die Arbeiter fragt keiner was sie brauchen. Sie sind nur zum Wählen da.

Aber meinst Du, der Arbeiter kann hingehen zum Kanzler und mit ihm darüber reden? Einem Kanzler mit Chauffeur? Wenn ich Kanzler wäre würde ich sagen, "warum sollte ich mich verrückt machen? Die haben doch ihr Schäfchen im Trockenen."

Frage: Was erwartest Du von der Gewerkschaft?

Antwort: Die Gewerkschaften tun etwas für die Arbeiter; so schnell fliegst Du nicht, wenn Du bei der Gewerkschaft bist. Wegen Problemen zu Hause hat einmal ein Kollege geschwänzt. Ihm wurde gesagt: "Du kündigst oder Dir wird gekündigt". Er war aber bei der Gewerkschaft. Daher wurde ihm nach Einschreiten der Gewerkschaft nur 2 Tage abgezogen. Der Kollege ist heute noch bei der Bahn.

Frage: Was hältst Du von der Mitbestimmung?

Antwort: Ich würde viel davon halten, wenn was rauskommen würde. Mit den Bossen kann man doch nicht reden. Die Arbeiter schaffen - für alle. Die Müllmänner alleine, wenn wir die nicht hätten, würden wir im eigenen Dreck ersticken. Dafür sind die gar nicht so gut bezahlt.

Frage: Hast Du Dich schon mit der Bundeswehr befaßt?

Antwort: Ich bin für die Wahl der Offiziere und gewerkschaftliche Rechte der Soldaten.

Frage: Wie stehst Du zu den Jusos?

Antwort: Die Jusos sollen was für die Arbeiter tun, sich um die Arbeiter kümmern.

## 'Alles oder nichts'

Liebe Genossen,

Ich bin seit einiger Zeit Leser Eurer Zeitung und im Grunde genommen auch Anhänger der VORAN!-Tendenz, insbesondere weil ich mir der Sterilität der Juso-Vorstands- und auch der Stamokap-Politik bewußt bin. Ich hoffe daher, daß Ihr die Kritik, die ich den noch an Eurer Tendenz übe, als solidarische und konstruktive begreift.

## MARXISTEN IN DER SPD

Lieber Genosse!

Wir danken Dir für Deinen Brief, der für uns alle so wesentliche Fragen aufwirft, daß wir an dieser Stelle darauf genauer eingehen wollen.

Voran! versteht sich als eine von SPD-, Juso-, und Gewerkschaftsmigliedern geschriebene und getragene marxistische Zeitung. Wir haben seit der Gründung unserer Zeitung im Dezember 1973 davor gewarnt, daß die Rezession 1974/75 das Reformprogramm der SPD-Führung zu einer Utopie machen würde. Die meisten werden sich wohl noch an den Wahlkampf 1972 erinnern, wo die breite Masse in SPD und Gewerkschaften einschließlich der Jusos euphorisch und voller Begeisterung den Wahlsieg der SPD erkämpften und wo man allgemein glaubte, daß jetzt endlich die notwendigen Reformen zügig vorangehen und die "soziale Demokratie" verwirklicht werde. Jeder weiß, was daraus geworden ist.

Die SPD-Basis hat auf die Erfahrung mit sozialdemokratischer Regierungspolitik in einer kapitalistischen Krise unterschiedlich reagiert. Teile zogen sich demoralisiert zurück, bleiben den Versammlungen fern, viele potentielle SPD-Wähler enthalten sich einfach der Stimme. Andere haben wiederum begonnen, nach den politischen Ursachen zu fragen und zweifeln allmählich die Politik der SPD-Führung an.

Allerdings stehen wir erst am Anfang eines solchen Prozesses. Ein linker Massenflügel, wie wir ihn in anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien sehen, wird sich auch in der SPD entwickeln, aber erst nachdem der Eindruck einer am kapitalistischen Wirtschaftsablauf gescheiterten Reformpolitik sich im Bewußtsein der Basis richtig vertieft haben wird.

Vorläufig bleiben die Jusos und der linke SPD-Flügel geschwächt und verwirrt über die politischen Folgen aus der Krise, auch gerade weil nur wenige es verstehen, marxistisch zu analysieren und klar verständliche Forderungen zu stellen.

## VERSTAATLICHUNG

Sicherlich ist die Forderung nach "schlagartiger Verstaatlichung der Monopole plus demokratische Arbeiterkontrolle" nicht originell. Die Frage der Übernahme der Produktionsmittel in Gemeineigentum zieht sich jedoch durch die Geschichte der Arbeiterbewegung wie ein roter Faden, nachzulesen in den Programmen der deutschen Sozialdemokratie.

Marxisten haben nicht die Aufgabe, besonders "originelle" Forderungen aufzubringen, sondern sie müssen offen und ehrlich sagen, was im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung objektiv notwendig ist.

Als Sozialisten sind wir davon überzeugt, daß erst in einer sozialistischen Gesellschaft die tiefen, im Kapitalismus unvermeidlichen Probleme, die jeden einzelnen betreffen, gelöst werden können. Kein Sozialist darf so tun, als ließe sich alles mit noch besseren Technokraten in der Verwaltung lösen, denn das hieße Sand in die Augen streuen.

Das Kernstück Eurer Politik, nämlich die Forderung nach schlagartiger Verstaatlichung der Monopole plus demokratische Arbeiterkontrolle kann wohl kaum als originell angesehen werden. Von den Karriere-Jusos bis zu den K-Gruppen vertritt das wohl so ziemlich jeder, der sich "Sozialist" schimpft. Für noch nicht Überzeugte klingt andererseits diese Forderung schrecklich abstrakt, ein Schlagwort, das einem so glatt über die Lippen geht wie anderen Leuten "Sozialimperialisten" oder noch anderen "strukturüberwindenden Reformen".

Die Frage ist doch: wie kann man hier und heute, bei dem gegenwärtigen Bewußtseinsstand der Arbeiter, diese richtige Forderung mit Leben erfüllen? Oder anders ausgedrückt: welche Poli-

Aber Du hast schon recht, daß nur eine ständige Wiederholung ein und dieselbe Forderung zu einem abstrakten Schlagwort machen würde. Deshalb kommt es darauf an, eine Reihe von konkreten Forderungen zu stellen und gleichzeitig jedoch diese mit der sozialistischen Perspektive zu verbinden.

Wir Marxisten unterstützen jeden Kampf der Arbeiter zu Verteidigung des Lebensstandards, jede Reform, die den Arbeitern wirklich zugute kommt. Aber wir wissen aus der Geschichte und aus den jüngsten Erfahrungen im Klassenkampf in allen Ländern, daß für die Kapitalistenklasse unter den "Sachzwängen" ihres Systems eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Mehrheit der Bevölkerung einen Luxus darstellt, daß sich die Bosse mit Händen und Füßen dagegen wehren und in Zukunft noch viel stärker wehren werden, den Arbeitern überhaupt weitere Zugeständnisse zu machen.

## UNSERE FORDERUNGEN

Forderungen wie "volle Verwirklichung des Reformprogramms", "einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn für alle", "Preisstabilität oder Inflationsausgleich für alle" unterstützen wir voll und ganz. Es sind Forderungen, die von den konkreten Bedürfnissen der Arbeiter ausgehen, deren Verwirklichung aber die Barrieren des Kapitalismus durchstoßen muß.

Deshalb verknüpfen wir solche Übergangsforderungen mit der Frage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln, weil sie erst auf dieser Grundlage zu verwirklichen sind. Marxisten dürfen nicht Illusionen verbreiten, sondern müssen immer die volle Wahrheit sagen, auch wenn sie manchmal wehtut.

Wenngleich wir nicht annehmen, daß die erste Erfahrung der Arbeiterklasse mit großen Angriffen auf den Lebensstandard seit vielen Jahren sofort die Forderung nach Verstaatlichung und Arbeiterkontrolle zur Parole von Millionen machen wird, ist es doch eine Tatsache, daß jeder Arbeiter, bewußt oder unbewußt, tagtäglich spürt, wie das Privateigentum an Produktionsmitteln und das private Profitstreben den technischen Fortschritt hemmt, wie die schöpferische Eigeninitiative jedes Arbeiters verkümmert, wie durch Arbeiterkontrolle und Kooperation noch viel bessere Ergebnisse bei geringerem Aufwand zu erreichen wären.

In einem Punkt können wir Dir jedoch nicht recht geben: Wir kennen keine andere Tendenz, die ebenfalls nach dieser Methode Forderungen stellt. Manche schrauben ihre Forderungen weitgehend zurück, verzichten auf sozialistische Forderungen und verlangen einfach "Bildung rauf, Rüstung runter" oder treten mit der vagen Parole "Das über an der Wurzel packen" auf.

\*\*\*\*\*  
Anzeige  
\*\*\*\*\*  
SSSK  
S O Z I A L I S T I S C H E S  
S P A N I E N  
S O L I D A R I T Ä T S K O M I T E E

Bestellt das Bulletin des SSSK: DM 0,60 Nr.1, Herbst 1975, Berichte über spanische Jusos, Kampf gegen das Regime, Chronik des Klassenkampfes, Fabrikkomitees, Spanien in den 30er Jahren.

Sozialistisches Spanien-Solidaritätskomitee  
563 Remscheid, Hermann-Löhns-Str.2

Spendet für die spanischen Genossen:  
Konto A.Krämer, Commerzbank Nürnberg,  
Zweigstelle Gibitzenhof, Nr. 8068306!  
\*\*\*\*\*

tik sollen die Jusos betreiben, bis und damit diese Forderung auch außerhalb der intellektuellen Salon-Sozialisten gestellt wird? Läuft Eure Haltung nicht auf eine unrealistische, fast naive "Alles-oder-Nichts" Position hinaus: gegen Mitbestimmung, gegen Investitionslenkung, die schlagartige Verstaatlichung aber als einzige Lösung. Angesichts der Tatsache, daß Mitbestimmung seit Jahrzehnten eine heilige Kuh der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland ist, würde Eure Haltung von aktiven Gewerkschaften wohl auch als "gewerkschaftsfeindlich" ausgelegt werden. Im Augenblick führt Euer radikaler Standpunkt mit Sicherheit zur Isolation innerhalb der Partei, und wenn Ihr ihn lautstark äußert, evtl. sogar zum Ausschluß.

Es ist Euer Verdienst, daß Ihr auf die Achilles-Ferse der Juso-Arbeit

hingewiesen habt, auf die Tatsache nämlich, daß die Jusos nur sehr wenige Arbeiter als aktive Mitglieder haben. Aber: habt Ihr ein Rezept dagegen? Wie würde z.B. ein Juso-Programm "speziell für die Arbeiter" die Arbeiter erreichen, und wie kann man solidarische Hilfe bei Streiks anbieten, wenn keine Streiks stattfinden?

Ihr sagt, VORAN! wende sich besonders an Arbeiter. Wie könnt Ihr aber dann die Zeitung bloß so trocken aufmachen? Ich meine, die Artikel müssen kürzer, mehr durch Bilder aufgelockert und auch noch konkreter sein.

Mit solidarischen Grüßen,  
skei, Berlin

Andererseits beschränken sich auf "Aktionen" zu isoliert betrachteten Bereichen und begnügen sich mit einzelnen Forderungen wie "Weg mit dem §218". Es gibt auch Tendenzen, die nur seitenlang kommentieren, jedoch ganz auf konkrete Forderungen oder gar sozialistische Schlußfolgerungen verzichten und die Frage offenlassen, was man denn nun tun sollte.

Kurz gesagt, wir kennen keine andere Tendenz, die in jeder Frage die sozialistische Alternative deutlich vor Augen führt - genau aus dem Grund entstand ja unsere Zeitung.

## MITBESTIMMUNG

Wir begrüßen die Forderung nach mehr Mitspracherecht in den Betrieben, wir glauben jedoch nicht, daß paritätische Mitbestimmung ein entscheidender Schritt nach vorne wäre oder gar eine Vorstufe zur Selbstbestimmung. Mitbestimmung wird solange keine entscheidende Verbesserung der tagtäglichen Bedingungen der Arbeiter bewirken, bis die Arbeitnehmer die Mehrheit in den Aufsichtsräten stellen.

Wie fordern eine Zusammensetzung der Aufsichtsräte mit zu je einem Drittel Vertretern der jeweiligen Belegschaft, des DGB und der Bundesregierung. Dieses Modell würde alle Betroffenen zu Wort kommen lassen, die Interessen der Arbeiterklasse und der Gesellschaft insgesamt berücksichtigen. Voraussetzung dafür ist natürlich eine verstaatlichte, demokratisch geplante Wirtschaft, denn ohne dies können die Interessen der breiten Bevölkerungsmehrheit ohnehin nicht erfüllt werden.

Unter kapitalistischen Bedingungen hilft nämlich die beste Mitbestimmung nichts, wenn ein Betrieb weniger Absatz hat und gezwungen wird, Arbeiter zu entlassen oder die Existenz des gesamten Betriebs in Frage zu stellen. Dann ist es dem Arbeiter egal, ob ihn ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat oder ein Aufsichtsrat mit einer Mehrheit von Arbeitnehmervertretern feuert.

Egal kann es ihm - wie Forderungen und Anträge auf Gewerkschaftskongressen zeigen - jedoch nicht sein, wenn Gewerkschaftsvertreter jahrelang mit dicken Bezügen in Aufsichtsräten sitzen, ihre Basis nicht über katastrophale Entscheidungen der Anteilseigner aufklären, nichts unternehmen, zu einer breiten Kampagne gegen Schweigen und Friedenspflicht zu mobilisieren oder zu erheblich niedrigeren Lohnabschlüssen als die Mehrheit der Kollegen bereit sind - hier müßte man vielleicht nach der Gewerkschaftsfeindlichkeit fragen.

Für die Investitionslenkung gilt: Man kann Investitionen erst dann lenken, wenn man über sie verfügt, man kann erst dann im Interesse der Allgemeinheit investieren, wenn die Produktionsmittel der Allgemeinheit gehören.

## FÜR SPD MEHRHEIT

Voran! wird von Jusos und SPD-Mitgliedern unterstützt, die alle loyal für unsere Partei kämpfen. Wir üben freimütig, offen und ehrlich Kritik an der Haltung und Politik der Parteiführung - wie das Recht jedes Mitglieds einer demokratischen Partei sein sollte, und wir haben als Marxisten wie alle anderen Strömungen in der Partei auch das Recht, uns zu Wort zu melden. Auch Willy Brandt spricht den Marxisten das Recht zu, zur Meinungsbildung in der Partei beizutragen.

Wir werden auch im nächsten Bundestagswahlkampf uns für die SPD einsetzen, weil eine absolute SPD-Mehrheit (für die wir mit kämpfen wollen) die einzige echte Alternative zu einer CDU/CSU-Bundesregierung wäre.

## KAMPFPROGRAMM

Du stellst richtig fest, daß die Jusos nur sehr wenige Arbeiter in ihren Reihen haben. Wir haben seit eh und je gesagt, daß die Jusos sich unorientieren müssen, hin zur arbeitenden Jugend. Dies ist aber ein sehr tiefes Problem, das sich nicht durch Willenserklärungen oder selbst einstimmig gefaßte Beschlüsse von Bundeskongressen lösen läßt. Wir wollen auf die nach unserer Meinung fehlerhafte Analyse und Strategie des Juso-Bundesvorstands hier nicht eingehen (vgl. Voran Nr. 8). Wir meinen, daß ein Kampfprogramm für die Arbeiterklasse, besonders die arbeitende Jugend die vordringlichste Aufgabe der Jusos ist. Ein solches Programm sollte alle wesentlichen Forderungen zur Verteidigung und Verbesserung des Lebensstandards, zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit, für bessere Bildung und Ausbildung, für bessere Freizeitmöglichkeiten enthalten, es sollte auf alle elementaren Probleme der Jugendlichen in Betrieb, Schule, Freizeit eingehen.

Solche Forderungen einfach aufzustellen wäre jedoch ebenso utopisch wie das SPD-Reformprogramm, wenn sie nicht mit der Perspektive der Übernahme der Schlüsselindustrien und Banken unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung verbunden würden. Deshalb muß ein solches Programm die Verbindung zwischen den alltäglichen Problemen und dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft herstellen. Mit einem solchen Ansatz könnten die Jusos jetzt damit anfangen, neue Mitglieder aus den Betrieben zu gewinnen und die Grundlagen für eine mächtige, fest verankerte sozialistische Jugendbewegung schaffen. Streiks sind dabei natürlich ein günstiger Anknüpfungspunkt, aber auch wenn keine Streiks stattfinden, kann es jede Juso-AG schaffen, Kontakt zu Gewerkschaftsjugendgruppen herzustellen, den Jungarbeitern zuzuhören, von ihnen zu lernen, wie es im Betrieb aussieht, sie in die AG zu integrieren.

Zum Abschluß Deiner Briefes kritisiert Du solidarisch aber hart die Aufmachung unserer Zeitung. Auch für diese Anregung sind wir dankbar. Wir sind bei weitem keine "Profis" auf dem Gebiet, und wir lernen mit den Fehlern in jeder Ausgabe noch etwas hinzu. Aber trotz allem hat sich Voran! beim Straßenverkauf, bei Konferenzen und in Versammlungen bewährt. Keine andere Zeitung ist so aufgemacht, daß sie diese Anforderungen erfüllen würde. Die Zeitung soll eine Tendenzzeitung mit klarer marxistischer Grundlinie sein, gleichzeitig auch ein lebendiges Organ mit Berichten und Nachrichten aus Betrieb und Schule, jeder Leser soll sich auch ermuntert fühlen, kritische Leserbriefe zu schreiben. Damit wir jedoch unsere Zeitung wirklich zu dem machen können, was wir von ihr erwarten, sind wir auf die Hilfe und Unterstützung unserer Leser und Anhänger angewiesen. Wir müssen die Auflage steigern, die Zeitung überall verkaufen, wo es möglich ist, neue Abonnenten gewinnen, wir brauchen noch viel mehr kurze und knappe Berichte.

Aber um Voran! 1976 häufiger, regelmäßig und attraktiver erscheinen zu lassen, brauchen wir neue Geräte und technische Hilfsmittel. Dies werden wir jedoch nur mit der Hilfe unserer Leser schaffen. Voran! lebt nicht von großen Partei- oder Staatsgeldern, sondern von Verkaufserlösen und kleinen Spenden seiner Anhänger. HELFT MIT, DAMIT WIR EINE STARKE UNABHÄNGIGE MARXISTISCHE ZEITUNG AUFBAUEN KÖNNEN!

Redaktion

## Impressum

VORAN! ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE  
ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG  
FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

VORAN!  
43 ESSEN 1, Geißlerstr. 1  
Telefon: 0201/628260

Kontonummer: Postscheckamt Essen,  
Hans-Gerd Öfinger, 170 20 - 433

